

Protokoll 2/2021

Grosser Gemeinderat von Zug

Sitzung vom Dienstag, 23. Februar 2021, 17:00 – 21:10 Uhr, Theater Casino Zug

Vorsitz: Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson

Protokoll: Markus Grüter, Protokollführer

Begrüssung, Entschuldigungen und Traktandenliste

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson eröffnet die 2. Sitzung des Grossen Gemeinderats in diesem Jahr und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und des Stadtrats auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelt Gäste.

Für die heutige Sitzung entschuldigt hat sich das Ratsmitglied Manuela Leemann; die übrigen 39 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind anwesend.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat beschlussfähig ist.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Todesfall

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson teilt mit:

Nach der letzten GGR-Sitzung wurde ich von Herrn Stadtrat Urs Raschle darauf aufmerksam gemacht, dass vor Weihnachten nicht nur alt Gemeinderat Urs Aschwanden verschieden ist, sondern auch Friedrich Nussbaumer, und zwar im ehrwürdigen Alter von fast 90 Jahren. Friedrich Nussbaumer sass von 1967 bis 1974 im Grossen Gemeinderat für die Konservative Volks- und Arbeiterpartei, der heutigen CVP. Er war sehr aktiv und bekannt für seine pointierten Äusserungen. Man kannte ihn zudem nicht nur als Präsident und Ehrenpräsident der Morgarten Schützenkommission, sondern auch als Präsident der Harmoniemusik der Stadt Zug, welcher er 30 Jahre lang vorstand.

Ich bitte Sie, sich für eine Schweigeminute zu erheben, um seiner zu gedenken.

Die Anwesenden erheben sich im Gedenken an Friedrich Nussbaumer für eine Schweigeminute von den Sitzen.

Traktandenliste

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 1 vom 19. Januar 2021
2. Vereidigung
Alex Odermatt, Mitglied
3. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
4. Überweisung
Postulat der CVP-Fraktion vom 19. Januar 2021 betreffend "Städtische WC Anlagen"
5. Hochbau: Neubau Notzimmer im Göbli, Objektkredit
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2631 vom 15. Dezember 2020
Bericht und Antrag der BPK Nr. 2631.1 vom 2. Februar 2021
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2631.2 vom 26. Januar 2021
6. Motion der SVP-Fraktion vom 27. Dezember 2019 betreffend "Für eine transparente, grosszügige, sport- und jugendfreundliche Politik der Stadt Zug!"
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2633 vom 12. Januar 2021
7. Postulat der Fraktion ALG-CSP vom 17. November 2020 betreffend Mietreduktion für Gastrobetriebe im Winter 2020/21
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2635 vom 19. Januar 2021
8. Interpellation der FDP-Fraktion vom 16. November 2020 betreffend Liegenschaften der Stadt Zug
Antwort des Stadtrats Nr. 2636 vom 2. Februar 2021
9. Mitteilungen

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 1 vom 19. Januar 2021

Zur Traktandenliste:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen. Die Traktandenliste gilt somit als stillschweigend genehmigt.

Zum Protokoll:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und demnach das Protokoll stillschweigend genehmigt ist.

2. Vereidigung
Alex Odermatt, Mitglied

Tabea Zimmermann Gibson, Ratspräsidentin

Wir kommen zur Vereidigung von Alex Odermatt, SVP, als Nachfolger von Cornelia Stierli.

Ich möchte Cornelia Stierli an dieser Stelle nochmals danken für ihre rund vierjährige Arbeit im Grossen Gemeinderat. Mit dem Rücktritt von Cony Stierli sinkt die Frauenvertretung bei der SVP im GGR auf 0 %, was ich persönlich bedaure.

Abgesehen von der Frauenfrage freue ich mich sehr darüber, dass sich Alex Odermatt bereit erklärt hat, als ihr Nachfolger für die SVP im GGR tätig zu werden. Damit er berechtigt ist, an den Verhandlungen des GGR teilzunehmen, muss er formell den Eid leisten oder das Gelöbnis ablegen. Alex Odermatt hat sich für den Eid entschieden

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson bittet **Alex Odermatt**, nach vorne zu treten, um den Eid abzulegen.

Stadtschreiber Martin Würmli liest **Alex Odermatt** die Eidesformel vor. Dieser legt das Gelöbnis mit den Worten «Ich schwöre es» ab.

Stadtschreiber Martin Würmli gratuliert **Alex Odermatt** zur Wahl und wünscht ihm viel Erfolg und Vergnügen bei seiner Arbeit im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug.

Der Rat applaudiert.

Tabea Zimmermann Gibson, Ratspräsidentin

Alex Odermatt ist ab sofort berechtigt, an den Verhandlungen und Abstimmungen des Grossen Gemeinderates teilzunehmen. Ich wünsche ihm im Namen des Grossen Gemeinderates und der Bevölkerung der Stadt Zug viel Freude in seinem neuen und würdigen Amt und heisse ihn im Rat herzlich willkommen.

3. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

Interpellation der FDP-Fraktion vom 19. Januar 2021 betreffend "Vandalismus an öffentlichen Anlagen"

Wie das Foto am Eingang zur öffentlichen WC-Anlage bei der Schiffsstation Bahnhofsteg (Katastrophen-Bucht) eindrücklich zeigt, ist die Anlage von Vandalen stark demoliert worden und nun nicht mehr für die Öffentlichkeit zugänglich (vgl. Foto Anhang).

Vor diesem Hintergrund stellen wir dem Stadtrat folgende Fragen:

1. Ist vorgesehen, die demolierte WC-Anlage zu sanieren und der Öffentlichkeit wieder zur Verfügung zu stellen? Falls ja, bis wann ist damit zu rechnen? Welche Instandstellungskosten fallen hierbei an?
2. Wie hoch sind die jährlichen finanziellen Schäden an öffentlichen Anlagen der Stadt Zug, welche durch Vandalen verursacht werden? Welches sind weitere Orte, die in der Stadt von Vandalismus besonders betroffen sind?
3. Die Buvette Quai Pasa und die Badi Bar in der Sihbachtal sind ein voller Erfolg und haben die Durchmischung gefördert, das Sicherheitsgefühl gestärkt sowie zu einer Abnahme des Litterings geführt. Kann es sich der Stadtrat vorstellen, weitere Buvetten oder ähnliche Angebote zu bewilligen? Wenn ja, wo genau?
4. Welche Massnahmen sieht der Stadtrat vor, um öffentliche Anlagen (Spielplätze, WC-Anlagen etc.) vor Vandalismus besser zu schützen?

Für die Beantwortung dieser Interpellation danken wir Ihnen im Voraus bestens.

Ergebnis

Die Interpellanten verlangen die schriftliche Beantwortung ihrer Fragen. Gemäss § 43 Abs. 2 hat der Stadtrat hierfür drei Monate Zeit.

Postulat der CVP-Fraktion vom 19. Januar 2021 betreffend "Städtische WC Anlagen"

Die städtische Verwaltung unterhält diverse WC Anlagen in unserer Stadt. Nach unseren Informationen wird ein Teil dieser Anlagen regelmässig durch Vandalenakte zerstört. Dies betrifft vor allem die Anlagen bei der Katastrophenbucht, die bis auf weiteres geschlossen ist, und die Anlage beim unteren Landsgemeindeplatz. Dies gilt es mit geeigneten Massnahmen zu verhindern. Zum Beispiel könnten die neuralgischen WC Anlagen gebührenpflichtig und mit automatischen Schliessanlagen nachgerüstet werden, wie es diverse Grossstädte bereits kennen. Dies würde eine Anpassung der Gebührenverordnung bedeuten.

Zudem sind wir überzeugt, dass bessere Aufklärung, Sensibilisierung und Einbeziehen der Bevölkerung im Sinne einer Kampanie und regelmässigem Informieren und Thematisieren helfen würde der unnötigen Zerstörungswut Abhilfe zu schaffen. Als Vorschlag könnte z. B. eine zielführende und aufklärende Broschüre/Flyer und die enge Zusammenarbeit der Bevölkerung mit der Polizei Abhilfe schaffen. Sofortiges Reagieren bei eingegangenen Hinweisen und regelmässige Kontrollen würden diesen sinnlosen Taten Einhalt gebieten.

Unsere Anfrage an die Verwaltung lautet: welche Massnahmen wären möglich und nötig um diese Vandalen Akte zu verhindern?

Wie steht die Verwaltung zu einer Präventionskampagne ähnlich dem Nordwestschweizerischem Polizeikonkordat? (Siehe Beilage)

Wie ist der Standpunkt der Verwaltung zu Gebührenpflichtigen WC Anlagen bei den Neuralgischen Punkten?

Ergebnis

Das Postulat ist an der heutigen Sitzung unter Traktandum 4 zur Überweisung traktandiert.

Interpellation der Fraktion ALG-CSP vom 2. Februar 2021 betreffend "PROMENADE ZUG – VERKEHRSLÖSUNG STATT TUNNEL?"

Die Verkehrssituation in der Stadt Zug ist seit Jahrzehnten ein intensiv diskutiertes Thema und weist grosses Verbesserungspotential auf. Der Stadttunnel wurde 2015 von der Zuger Bevölkerung klar abgelehnt, nun sind neue Ideen und Lösungsansätze gefragt.

Der VCS Zug hat mit der «Promenade Zug» ein Konzept für eine neue Verkehrsführung im Stadtzentrum erarbeitet. Mit einem grossen Einbahnring soll eine MIV-freie Einkaufszone zwischen Gubelstrasse und Postplatz sowie eine FussgängerInnen-Velozone am See entstehen (vgl. Konzept VCS¹).

Damit könnte auf deutlich weniger Verkehrsfläche für den motorisierten Individualverkehr dank weniger Kreuzungen und Ampelanlagen einerseits der Durchgangsverkehr verflüssigt als auch die Zufahrt zu allen Parkhäusern sichergestellt werden. Auch für Bus- und Veloverbindungen ergäben sich grosse Vorteile.

Die Stadt Zug befindet sich zurzeit in der Strategiephase zur angehenden Ortsplanungsrevision. Dazu hat letztes Jahr eine Mitwirkung unter anderem zu den Themen Freiraum und Mobilität stattgefunden. Die Auswertung zeigt, dass der Fuss- und Veloverkehr im künftigen Mobilitätsverhalten der Zuger Bevölkerung eine tragende Rolle spielen soll. Die Verkehrsteilnehmenden sollen klarer getrennt werden. Zudem ist der Bevölkerung die Stärkung des Zentrums, die Gestaltung und Nutzung der Seepromenade sowie die Aufwertung der Neustadt ein besonderes Anliegen. Das Konzept der Promenade Zug verfolgt sehr ähnliche Ziele.

Im Rahmen des Konzepts Promenade Zug und der momentanen Strategiephase der Ortsplanung bitten wir den Stadtrat, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

- 1.1 *Wie steht der Stadtrat zum Konzept Promenade Zug des VCS Zug? Hat er das Modell studiert und geprüft? Wo sieht er besondere Vorteile, gibt es allenfalls auch gewichtige Nachteile?*
- 1.2 *Inwiefern fliesst das Konzept Promenade Zug in die momentane Strategiephase der Ortsplanungsrevision ein?*

Das Konzept Promenade Zug macht keine Vorschläge und Aussagen zum Gebiet der Altstadt. Mit der Eröffnung der Tangente Zug-Baar und dem Verwaltungsgerichtsurteil zu Tempo 30 auf der Grabenstrasse drängt sich hier auf, den Durchgangsverkehr zu verflüssigen, die Feinverteilung für Anwohner und Gewerbe in der Altstadt zu ermöglichen und die Sicherheit und Aufenthaltsqualität für alle zu verbessern, indem auf den Hauptachsen zwischen Postplatz und Casino sowie auf der Ägeristrasse ab dem Rütli Tempo 30 eingeführt wird und die Nebenstrassen als Begegnungszonen ausgeschildert werden.

- 2.1 *Teilt der Stadtrat die Ansicht der Interpellierenden, dass die skizzierte Lösung eine deutliche Verbesserung der Verkehrssituation, Aufenthaltsqualität und der Lebensbedingungen in der Altstadt bringen würde? Wo sieht er besondere Vorteile, gibt es allenfalls auch gewichtige Nachteile?*
- 2.2 *Inwiefern fliessen solche Überlegungen in die momentane Strategiephase der Ortsplanungsrevision ein?*

¹ Konzept Promenade Zug: <https://www.vcs-zg.ch/aus-der-region/promenade-zug/>

Erfahrungsgemäss sind Verkehrsthemen politisch heikel und anfällig für ideologische Graben-kämpfe. Vernünftige, zukunftsorientierte Lösungen sind oft schwer umsetzbar. Deshalb ist ein frühzeitiger Einbezug der verschiedenen Ansprechpartner und Interessengruppen wichtig.

3.1 Wie gedenkt der Stadtrat generell diese Anspruchsgruppen in die Verkehrsplanung einzubeziehen?

3.2 Ist er gewillt, mit wichtigen Partnern wie den Quartiervereinen, Nachbarschaften, der Vereinigung ProZug, den ZVB sowie dem Kanton spezifisch die oben geschilderten Konzepte «Promenade» und «Altstadt» zu besprechen, um frühzeitig und gezielt Lösungen bei allfälligen Bedenken und Widerständen zu finden, um endlich eine nachhaltige Verbesserung der Verkehrssituation und der Lebens- und Aufenthaltsqualität im Stadtzentrum zu erreichen?

Besten Dank für die schriftliche Beantwortung der Fragen.

Ergebnis

Die Interpellanten verlangen die schriftliche Beantwortung ihrer Fragen. Gemäss § 43 Abs. 2 hat der Stadtrat hierfür drei Monate Zeit.

Interpellation der SP-Fraktion vom 9. Februar 2021 betreffend "Stadt Zuger Bitcoin-Politik im Sinne der 2000-Watt-Gesellschaft"

Die Stadt Zug ist seit einigen Jahren bekannt als Crypto Valley und brüstet sich als Vorreiterin im Gebiet der Blockchain-Technologie, insbesondere des Bitcoins. Nebenbei versucht die Stadt Zug, die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft zu erreichen. Dass Bitcoin nicht sehr energieeffizient ist, ist seit Längerem bekannt. Doch neuere Studien zeigen, wie immens der ökologische Fussabdruck ist. Als Vergleich: Eine einzige Bitcoin-Transaktion stösst gleich viel CO₂ aus wie 721'554 Visa-Transaktionen (306.56 kgCO₂), und verbraucht so viel Strom, dass ein US-amerikanischer Haushalt 23 Tage damit versorgt werden könnte (685.39 kWh)¹. Der immense Fussabdruck ist auf das Bitcoin-Mining zurückzuführen. Jede Transaktion muss in einen Block der Blockchain eingefügt werden. Für jeden Block, der ca. 2000 – 3000 Transaktionen enthält, muss ein «Rätsel»² gelöst werden. Abertausende Computer konkurrieren miteinander, dieses «Rätsel» schnellstmöglich zu lösen, um die Belohnung zu erhalten. Da diese «Rätsel» immer schwieriger werden, wird immer mehr Rechenleistung benötigt, was zu einem höheren Stromverbrauch führt. Die Belohnungen werden ca. alle vier Jahre halbiert, daher lohnt es sich in vielen Staaten nicht mehr zu minen, da die Stromkosten den Gewinn übersteigen. Es wird auf Länder mit günstigen Stromkosten ausgewichen. Der grösste Teil des Minings wird in China gemacht, wo die Kosten tief sind, aber auch viel «dreckiger» Strom produziert wird³.

Im Grundsatz sind wir davon überzeugt, dass die Blockchain-Technologie viele gute und wichtige Einsatzgebiete hat und wir finden es richtig, dass damit experimentiert wird. Es ist jedoch zentral, dass diese Einsatzgebiete stetig hinterfragt werden und Themen wie der Energieverbrauch in die Überlegungen mit einbezogen werden. Neue Technologien sollen nur dort zum Einsatz kommen, wo sie Sinn ergeben und ein Mehrwert generiert werden kann.

In diesem Kontext bitten wir den Stadtrat, uns folgende Fragen zu beantworten:

- 1) Wie viele Zahlungen werden in der Verwaltung der Stadt Zug mit Bitcoin getätigt?
- 2) Plant die Stadt Zug noch weitere Kryptowährungen, neben dem Bitcoin, als Zahlungsmittel zu akzeptieren?
- 3) Wo sieht der Stadtrat weitere Vorteile – neben dem Imagegewinn als Crypto Valley – von der Möglichkeit, in Teilen der Verwaltung mit Bitcoin bezahlen zu können?
- 4) In der Antwort des Stadtrats (Nr. 2403) auf den Vorstoss der SVP aus dem Jahr 2016 wird erklärt, dass alle Bitcoins nach Erhalt in Schweizer Franken umgetauscht werden (d.h. jede Transaktion stösst sogleich eine weitere, energieineffiziente Transaktion aus). Wie kann die Stadt Zug diesen unnötigen Transfer mit dem Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft verantworten?
- 5) Wie hoch sind die Gebühren beim Partner Bitcoin Suisse AG pro Transaktion?
- 6) Kann sich der Stadtrat vorstellen, die Zahlungsmöglichkeit mit Bitcoin wieder einzustellen?

Ergebnis

Die Interpellanten verlangen die schriftliche Beantwortung ihrer Fragen. Gemäss § 43 Abs. 2 hat der Stadtrat hierfür drei Monate Zeit.

¹ <https://digiconomist.net/bitcoin-energy-consumption/>

² Das Rätsel ist das Finden eines Nonce, so dass der Block einen Sha256 Hash erhält, welcher eine gewisse Schwierigkeit erfüllen muss (<https://www.investopedia.com/tech/how-does-bitcoin-mining-work/>)

³ <https://news.bitcoin.com/65-of-global-bitcoin-hashrate-concentrated-in-china/>

4. Postulat der CVP-Fraktion vom 19. Januar 2021 betreffend "Städtische WC Anlagen" Überweisung

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson verweist auf Postulatstext und Begründung durch die Postulierenden.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass zur Überweisung das Wort nicht verlangt wird und kein Nichtüberweisungsantrag gestellt wurde.

Ergebnis

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat das Postulat stillschweigend überwiesen hat.

Das Postulat geht somit für Bericht und Antrag an den Stadtrat. Laut § 42 der Geschäftsordnung ist dem Grossen Gemeinderat spätestens zwölf Monate nach der Überweisung Bericht und Antrag zu unterbreiten. Aus wichtigen Gründen kann der Rat diese Frist aufgrund eines Zwischenberichts erstrecken.

5. Hochbau: Neubau Notzimmer im Göbli, Objektkredit

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2631 vom 15. Dezember 2020
- Bericht und Antrag der BPK Nr. 2631.1 vom 2. Februar 2021
- Bericht und Antrag der GPK Nr. 2631.2 vom 26. Januar 2021

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass zwei Ratsmitglieder von der FDP bei diesem Traktandum in den Ausstand treten: **Daniel Blank** als Projektverfasser und **Maria Hügin** als Geschäftsführerin der GGZ, die am Submissionsverfahren teilnehmen wird.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass das Wort zum Eintreten verlangt wird.

Theo Iten

Nicht eintreten.

Wieso? Es wäre schade, zwei Stunden über das Geschäft zu diskutieren und am Schluss bleiben noch offene Fragen.

Jawohl, ich bin für die 30 Notzimmer im Göbli. Damit ist das Positive auch schon gesagt. Der Stadtrat lernt es scheinbar nicht, haushälterisch, nachhaltig und eine maximale Ausnützung vom Grundstück Göbli umzusetzen. Es zahlt ja eh der Steuerzahler. Nachhaltig: der Stadtrat schreibt, dass eine Aufstockung um zwei weitere Geschosse bei Bedarf möglich sei. Das kann nur mit erheblichem finanziellem Mehraufwand realisiert werden. Es zahlt ja eh der Steuerzahler.

Meine Damen und Herren, so geht das nicht.

Ich habe mich bei der allgemeinen Wohnbaugenossenschaft und dem Präsidenten der AWZ sowie bei der Wohnbaugenossenschaft Heimat informiert. Sie wären bereit und interessiert, mit dem Stadtrat gemeinsam an einer optimalen Lösung zu arbeiten und einzusteigen. Wieso hat der Stadtrat nicht das Gespräch gesucht mit der IG Wohnbaugenossenschaften, wenn er sowieso nicht die ganze Ausnützung beansprucht?

Hiermit stelle ich den Rückweisungsantrag:

Hochbau: Neubau Notzimmer im Göbli, Vorlage Nr. 2631, zurück an den Stadtrat für eine maximale Ausnützung mit der IG Wohnbaugenossenschaften, für einen haushälterischen und nachhaltigen Umgang mit Bauland.

Philip C. Brunner, GPK-Präsident

Ich bin etwas überrascht über diesen Antrag. Der wurde so in der GPK nicht gestellt. Die GPK ist auf das Geschäft eingetreten und hat der Vorlage, wie sie dem Kommissionsbericht entnehmen können, mit 6:0 zugestimmt. Mehr kann ich aus Sicht der GPK nicht sagen.

Meine persönliche Meinung ist, dass dieser Antrag sehr spät kommt und dass es sehr schwierig ist, jetzt aus dieser Situation gemeinsam herauszukommen. Ich persönlich werde diesem Antrag nicht zustimmen.

Richard Rüegg, BPK-Präsident

Auch die BPK ist auf das Geschäft eingetreten und hat das Geschäft in zwei Sitzungen behandelt. Dieses Thema mit den zwei Obergeschossen wurde zwar in der BPK behandelt, aber es wurde nie ein Antrag auf Rückweisung oder ein Antrag auf Ausbau dieser zwei Geschosse gestellt.

Ich kann diesem Antrag ebenfalls nicht zustimmen.

Jürg Messmer

Heute ist das erste Mal, dass wir davon hören. Meine Frage an den Stadtrat ist: Wusste man von den Absichten dieser Wohnbaugenossenschaften, dass da ein Interesse besteht? Wenn ja, seit wann wusste der Stadtrat davon?

Die BPK hat am 2. Februar 2021 die zweite Sitzung zu diesem Geschäft abgehalten und wurde nicht orientiert, dass ein solches Interesse vorhanden wäre. Wenn der Stadtrat das schon gewusst hat, dann müsste man die Vorlage zwingend zurückweisen. Denn es kann ja nicht sein, dass wir hier im Rat immer wieder diskutierten, wir hätten zu wenige Wohnungen und zu wenig günstigen Wohnraum, und dann bauen wir da etwas, wo die Absichten bekannt sind, dass man oben noch Wohnungen bauen würde.

Diesbezüglich bitten wir den Stadtrat um Klärung.

Stefan Hodel

Ich spreche zum Nichteintretensantrag von Theo Iten. Dieser Antrag kommt mir ein bisschen «handglismet» über den Tisch. Wie soll die IG Wohnbaugenossenschaften hier günstiger bauen können? Wie soll hier haushälterischer mit dem Bauland umgegangen werden?

Es wird auf einem kleinen Grundstück eine relativ grosse Ausnützung ausgeführt. Wir haben hier mit der Vorlage Neubau Notzimmer ein Projekt, welches sinnvoll und gut durchdacht ist. Es ist auf die Bedürfnisse der Stadt zugeschnitten. Die Notunterkunft ermöglicht es, die Betreuung vor Ort stattfinden zu lassen. Das Rahmenkonzept Notzimmer kann umgesetzt werden. Die Stadt will langfristig unabhängig von privaten Vermietern handeln können, das macht Sinn. Bei einem städtischen Projekt hat die Stadt die Fäden in der Hand, es muss nie mit einer Kündigung gerechnet werden. Gut, das wäre bei einer Wohnbaugenossenschaft wahrscheinlich auch nicht der Fall.

Wir haben hier eine gute und langfristige Lösung für die Unterbringung von Menschen in Not. Deshalb Nein zu diesem Nichteintretensantrag. Wir wissen nicht, was besser sein soll mit der neuen Idee, dass das durch eine IG Wohnbaugenossenschaften realisiert wird. Wir haben hier ein pfannenfertiges und gutes Projekt, welches wir jetzt umsetzen können, und eine langfristige und gute Lösung.

Etienne Schumpf

Wir möchten auch beliebt machen, diesen abenteuerlichen Last-Minute-Hypothesen dieses Einzelantrages nicht zu folgen. Die Kommissionen haben diese Vorlage sehr eingehend geprüft, sich im Detail damit auseinandergesetzt. Wir haben Vertrauen in die vorberatenden Kommissionen. Beide Kommissionen haben die Vorlage eingehend geprüft. Wir haben aber auch Vertrauen in den Stadtrat. Beide Departemente, das von Urs Raschle und von Eliane Birchmeier, haben hier hervorragend harmonisiert. Wir haben hier eine Vorlage mit allen Informationen und Abklärungen, damit wir heute darüber beraten und entscheiden können.

Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen.

David Meyer

Der Vorschlag kommt in der Tat etwas ungereimt. Es handelt sich dort um eine OelB-Zone, also um eine Zone des öffentlichen Interesses. Mit Wohnen als solches, ohne öffentliches Interesse geht es dort nicht. Ich weiss jetzt nicht, inwiefern die Genossenschaften jetzt plötzlich Notwohnungen betreiben wollen. Insofern ist das ungeschickt, von der Zonenkonformität her sowieso.

Was wir auch wissen müssen, das haben wir in der BPK auch besprochen: Die Klientel, die da zu wohnen kommt, ist nicht so routiniert, sondern es ist eher eine schwierige Situation. Auch in diesem Zusammenhang erachte ich es nicht als geeignet, wenn man dort durchgängige, ständige Wohnungen im oberen Geschoss hätte.

Deshalb werden auch wir von der glp dem Antrag nicht zustimmen.

Christoph Iten

In der CVP-Fraktion wurde dieses Objekt tatsächlich kontrovers diskutiert. Die CVP-Fraktion wird dem Antrag aber grossmehrheitlich nicht zustimmen. Wir hegen wohl gewisse Sympathien gegenüber diesen Ideen, insbesondere auch betreffend die Ausnützung. Dadurch, dass wir jetzt aber ein fertiges Projekt haben und dazu Ja oder Nein sagen können, werden wir diesem Antrag grossmehrheitlich nicht zustimmen.

Urs Bertschi

Vorerst noch eine Verständnisfrage an Theo Iten: Ich gehe nicht davon aus, wie man einzelnen Voten jetzt hat entnehmen können, dass es hier darum geht, entweder/oder zu realisieren, sondern sowohl/als auch. Das war mein Verständnis.

Wir diskutieren konkret über die möglicherweise aufzustockenden zwei Geschosse. Wenn man hier die Meinung vertritt, Zone OelB würde sogenannten preisgünstiges Wohnen in der Stadt Zug nicht zulassen, vertrete ich hier eine dezidiert andere Auffassung. Die Stadt hat nachgerade über den Volksauftrag «Wohnen in Zug für alle» alles daran zu setzen, preisgünstigen Wohnraum zu realisieren. Wenn hier eine Wohnbaugenossenschaft aktiv wird, obwohl man sie mutmasslicherweise gar nie um ihre Haltung dazu gebeten hat, dann wäre es allenfalls ein Fehler, hier diese Option nicht offenzulassen.

Das andere ist: Nichteintreten wäre meiner Meinung nach vermutlich falsch. Aber man kann dieses Geschäft auch im Laufe der Debatte selbstverständlich noch immer zurückweisen.

Aus Sicht der SP-Fraktion – das kann ich hier schon vorwegnehmen – gibt es durchaus auch andere hörensweite Gründe, um hier vielleicht nicht in Euphorie gegenüber diesem Projekt auszubrechen. Dass die FDP hier natürlich ihrer Stadträtin den Rücken stärkt, ist völlig klar. Es wurde auch seriös, nach bestem Wissen und Gewissen wahrscheinlich, gearbeitet. Trotzdem und obwohl hier etwas Pfannenfertiges vorliegen soll, Sie werden es nachher noch hören, gibt es hier berechnete Gründe zur Kritik.

Insofern werden wir von der SP-Fraktion dem Nichteintretensantrag grundsätzlich eher nicht zustimmen, aber eine allfällige Rückweisung im Laufe der Diskussion schliessen wir im jetzigen Zeitpunkt nicht aus.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson erkundigt sich bei **Theo Iten**, ob er zur eingangs gestellten Verständnisfrage von Urs Bertschi Stellung nehmen möchte.

Theo Iten

Es kann nicht sein, dass die Stadt ein Haus aufstellt, bei dem die Möglichkeit besteht, zwei Stockwerke höher zu bauen, dies aber nicht tut. Das würde kein Privater so machen.

Der Präsident der allgemeinen Wohnbaugenossenschaft Zug, Patrice Riedo, sowie auch Guido Arnold von der Wohnbaugenossenschaft Heimat haben mir zugesichert, dass sie am Stockwerkeigentum der oberen zwei Stockwerke interessiert wären.

Alle hier im Rat, die immer sagen, sie schauen zum Boden und nehmen Rücksicht auf unser Bauland und Landwirtschaftsland, die müssten konsequenterweise die Vorlage zurückweisen mit der Aufforderung zur maximalen Ausnützung.

Etienne Schumpf

Ich möchte konkretisieren, dass wir hier über Nichteintreten sprechen. Und Nichteintreten heisst ganz klar, man ist gegen Notzimmer und gegen dieses Projekt. Wenn man nicht einverstanden ist, muss man nachher in der Diskussion allenfalls einen Rückweisungsantrag mit einem klaren Auftrag stellen. Aber Nichteintreten heisst, man ist gegen Notzimmer in der Stadt Zug. Wollen Sie dem zustimmen? Wahrscheinlich nicht.

Stefan Hodel

Wenn ich richtig verstanden habe, ist die Idee von Theo Iten, dass man in den oberen zwei Stockwerken zusätzlich zwei Wohnungen bauen würde – ich nehme an für Familien.

Nun, es handelt sich hier um eine Notunterkunft. Es gibt eine Zugangskontrolle, da kann nicht jeder einfach rein oder raus. In diesem Haus werden schwierige Leute wohnen, Leute, die psychisch krank sind, Leute, die mit dem Strafgesetz in Konflikt sind, Leute, die schwierigen Umgang mit anderen Menschen haben. Das ist kein Zuckerschlecken, dort wohnen zu können.

Stellen wir uns vor, dass die Wohnbaugenossenschaft diese zwei Wohnungen übernimmt und dann als Familienwohnung nutzt. Die Kinder spielen unten auf dem recht begrenzten Platz, direkt angrenzend an die Hauptstrasse. Das ist kein Vergnügen, meine Damen und Herren. Man soll das Licht nicht unter den Scheffel stellen. Ich habe dreissig Jahre lang eine Kollektivunterkunft für Asylsuchende betreut. Und in diesem Haus haben immer auch Leute gewohnt, die auf eine Notunterkunft angewiesen waren. Ich spreche aus Erfahrung und kann mir nicht vorstellen, dass das gut kommt.

Eliane Birchmeier, Stadträtin

Ich möchte auf die Frage von Jürg Messmer antworten: Der Stadtrat hat davon nichts gewusst. Uns war nicht bekannt, dass Wohnbaugenossenschaften da ein Interesse haben könnten.

Ich möchte dazu aber auch anmerken: Wir müssen auf eine gewisse Verlässlichkeit des GGR bauen. Sonst können wir im Stadtrat schlicht nicht arbeiten.

Im Jahr 2019, also vor ungefähr zwei Jahren, hat der GGR den Planungskredit für die Notzimmer einstimmig gesprochen und uns mit 25 Notzimmern im Göbli auf den Weg geschickt. Ich bin immer damit einverstanden, wenn auf einem solchen Weg neue Ideen auftauchen, dass man diese selbstverständlich prüft und aufnimmt, aber heute ist es einfach definitiv zu spät dafür.

Ich finde das insofern schade, da wir eine Verwaltung der offenen Tür sind, bei uns kann man immer reinlaufen. Zug ist eine kleine Stadt und es gibt x Möglichkeiten mit uns in Austausch zu treten, um genau solche Ideen zu platzieren. Wir sind auch immer bereit, darüber zu sprechen.

Ob die vorgebrachte Idee Sinn macht oder nicht, dazu möchte ich mich heute gar nicht äussern. Auf jeden Fall muss man sehen: Wenn man zusätzlich Wohnraum auf dieses Gebäude draufstellen

möchte, dann muss man ein neues Konzept erstellen, dann muss man zumindest die ganze Erschliessung des Gebäudes neu überdenken. Weil, so habe ich das verstanden, es sollen ja keine Notzimmer sein, sondern es sollen Wohnungen werden. Das wäre vielleicht durchaus machbar. Ob das Sinn macht, kann ich heute nicht beantworten.

Was ich aber noch sagen möchte: Wir stehen mit den Wohnbaugenossenschaften in sehr engem Kontakt. Und das ist vor allem André Wicki mit den Finanzen und Immobilien. Er steht in einem sehr, sehr engen Austausch mit den Wohnbaugenossenschaften. Und überall, wo es möglich ist, wo wir als Stadt Land haben, ist unsere Strategie, dass wir das nicht selber bebauen, sondern über Wohnbaugenossenschaften realisieren können.

Abstimmung Nr. 1

- Für Eintreten und die Behandlung der Vorlage stimmen 31 Ratsmitglieder
- Für Nichteintreten auf die Vorlage stimmen 2 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 3

Ergebnis Abstimmung Nr. 1

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat Eintreten beschlossen hat. Es folgt somit die Detailberatung der Vorlage.

Richard Rüegg, BPK-Präsident

Wie bereits erwähnt sollen 30 Notzimmer im Quartier Göbli erstellt werden.

Die BPK befasste sich in zwei Sitzungen mit diesem Geschäft. Grundsätzlich verweise ich auf Bericht und Antrag des Stadtrates, der BPK und der GPK.

Erwähnen möchte ich nochmals folgende Punkte:

- In der Kommission wurde der Antrag gestellt, dass eine redaktionelle Anpassung erfolgen sollte. Dies betrifft den Punkt der maximalen Aufenthaltsdauer von einem Jahr in den Nutzungsbestimmungen. Dieser Text wurde geändert und lautet neu: «Die maximale Aufenthaltsdauer sei «in der Regel» im Maximum 1 Jahr». Dieser Antrag wurde nach meinem Wissen vom Stadtrat übernommen.
- Ebenfalls setzten wir uns intensiv mit der Photovoltaik Anlage auseinander. Die Frage war, ob der Standort auf dem Dach optimal sei, da ja eine weitere Aufstockung möglich ist. Da die Kosten der PV-Anlage in der Fassade drei Mal höher wären, verzichteten wir auf den Antrag, die PV-Anlage vom Dach in die Fassade zu versetzen.
- Auch die nicht ionisierenden Strahlen der benachbarten Trafostation führten zu Diskussionen. Hier wurde eine Bestätigung der WWZ nachgereicht mit der Zusicherung, dass die Grenzwerte für den Neubau Notzimmer eingehalten würden, sofern der Grenzabstand von 6 Metern ebenfalls eingehalten werde.

Die restlichen Fragen und Unklarheiten konnte uns die Verwaltung schlüssig beantworten und erklären. Wie zum Beispiel die Einhaltung der Vergabekriterien Architektur, Fragen der kontrollierten Lüftung, die Schallschutzmassnahmen, Trennwände in Leichtbauweise sowie die städtebauliche Einordnung.

Neu liefert die WWZ den Anschluss an das Circulago-Netz. Wobei hier die genaue Kostenfolge für das Projekt noch nicht klar ist.

Die BPK beantragt, den Neubaukredit von CHF 6.9 Mio. zu Lasten der Investitionsrechnung zu bewilligen, dies mit 9 zu 0 Stimmen.

Philip C. Brunner, GPK-Präsident

Ich verweise auf Bericht und Antrag der GPK, welche bereits am 26. Januar 2021 dazu ihre Sitzung gehabt hat. Das war vor der zweiten Sitzung der BPK, dennoch hat die GPK das Geschäft beraten. Das Geschäft ist aus unserer Sicht vom Stadtrat sehr gut vorbereitet worden. Bei der Präsentation durch die Verwaltung wurden die ersten kritischen Fragestellungen aus der BPK-Sitzung von Anfang Januar 2021 bereits einbezogen. Die GPK hatte als Kenntnis von den Informationen, welche die BPK dann an der Sitzung vom 2. Februar 2021 diskutiert hat.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass die GPK Ihnen beantragt, dem Geschäft zuzustimmen und den Kredit zu sprechen.

In der GPK-Sitzung sind verschiedene, einzelne Fragen aufgekommen. Ich glaube, dass ich das Kommissionsgeheimnis da insofern ein bisschen ritzen darf, als dass ich sagen kann, dass Stefan Hodel als neues Mitglied in seiner ersten Sitzung sehr wertvolle Inputs geleistet hat. Sie finden die Punkte aus seiner Erfahrung auch im GPK-Bericht. Ich denke, das ist gelebte Miliz. Das ist genau das, was wir brauchen. In diesem Sinne bin ich auf die Diskussion zu diesem Geschäft gespannt.

Vielleicht noch ein Punkt, den ich hier persönlich aufwerfen will: Der Ursprung dieses Geschäftes geht ja auf das Geschäft Nr. 2406 zurück, das die Frage des Wiederaufbaus der Liegenschaft Zugerbergstrasse 10 betrifft. Damals hatten wir zwei Vorstösse zu diesem Thema, eine Motion der FDP und einen Vorstoss von Ignaz Voser. Vielleicht wäre es interessant, von der Stadträtin zu erfahren, was dort geplant ist. Ich denke, dieses Geschäft war vor bald fünf Jahren im Rat. Wir sind nun in einer Situation, wo wir beschliessen, was wir mit den Notzimmern im Göbli machen, aber diese Brandruine ist weiterhin nicht unbedingt die schönste Stelle, die man in dieser Stadt zeigen möchte. Im Sinne der Erfahrung, wie wir sie mit dem Kolingeviert gemacht haben, sozusagen die zahnärztliche Operation am innerstädtischen Gebiss. Das ist ein Thema, das seinerzeit zwar teuer, aber sehr gut gelöst worden ist. Es wäre schön, wenn wir an der Zugerbergstrasse, wo diese Notzimmerdiskussion begonnen hat, dann auch einmal eine gute und sinnvolle Lösung finden.

Eliane Birchmeier, Stadträtin

Die Frage zur Zugerbergstrasse kann ich sogleich beantworten: Da tut sich was. Was lange währt, wird endlich gut, kann man in diesem Fall vielleicht sagen. Da sind wir ganz intensiv dran und werden zeitnah mit Vorschlägen kommen. Unter anderem bietet sich dort interessantes Potenzial für Wohnbaugenossenschaften, für preisgünstiges Wohnen. Gleichzeitig haben wir Bedürfnisse in der Freizeitbetreuung. Ob die Freizeitbetreuung dort oder besser an einem anderen Ort untergebracht ist, sind Überlegungen und Abklärungen, die momentan laufen.

Dann zu den Notzimmern:

Die Stadt Zug ist verpflichtet, Notzimmer zur Verfügung zu stellen. Es ist nicht die Frage, ob wir das wollen oder gut finden. Wir haben einen gesetzlichen Auftrag, einen Bundesauftrag, Notzimmer zur Verfügung zu stellen.

Das haben wir in der Vergangenheit selbstverständlich auch gemacht, auch wenn das bereits in der Vergangenheit immer wieder eine Herausforderung war.

Die Notzimmer befanden sich bis anhin in älteren Liegenschaften oder – wie jetzt im Falle des alten Kantonsspitals – in Zwischennutzungen. Diese Optionen standen uns sehr lange zur Verfügung,

werden aber immer weniger. Es gibt auch immer weniger alte Bauten, wo das überhaupt noch möglich ist.

Gleichzeitig, und das ist der zweite wichtige Punkt für das Projekt, geht es nicht nur um ein Dach über dem Kopf, sondern auch um die Betreuung. Die Betreuung ist an den dezentralen Standorten, wie wir sie heute haben, sicher nicht optimal. Bewohnende der Notzimmer brauchen eine gewisse Unterstützung, damit sie es vom zweiten Wohnungsmarkt – also von den Notzimmern – zurück in den ersten Wohnungsmarkt schaffen und wieder Fuss fassen können in den eigenen vier Wänden. Das ist das Konzept des Neubaus, das wir Ihnen heute unterbreiten. Es geht eben nicht nur um einen Neubau, sondern miteingeschlossen ist auch eine Betreuung, die uns der zentrale Bau im Göbli erlaubt.

Sie haben uns vor zwei Jahren auf den Weg geschickt, als sie zum Planungskredit Ja gesagt haben. Was ich Ihnen sagen kann, ist, dass wir diese Aufgabe mit grosser Umsicht, aber auch in sehr enger Koordination zwischen Baudepartement und Departement SUS gelöst haben. Auf diesem Weg haben wir auch geprüft, ob es andere Optionen gibt und ob unterdessen irgendwelche Immobilien freigespielt wurden, die wir für die Notzimmer nutzen könnten. Da hat sich in dieser Zeit leider nichts ergeben, was geeignet gewesen wäre, diese 25 respektive jetzt 30 Notzimmer unterzubringen.

Die Stadt Zug erhält mit dem Neubau im Göbli Notzimmer, die die Bedürfnisse auf allen Seiten erfüllen. Städtebaulich und architektonisch präsentiert sich der Neubau als filigraner, zurückhaltender Baukörper, der sich in die bestehende Siedlung und Umgebung einordnet. Im Innern erwartet die künftigen Bewohnenden eine schlichte und warme Atmosphäre mit Einzelzimmern, die als optimale Notlösung dienen, aber – und das finden wir wichtig – nicht als Dauerlösung ausgelegt sind.

Die gegenüber dem Planungskredit zusätzlich ergriffenen Massnahmen, die unter anderem auf Empfehlung der vorberatenden Kommissionen, BPK und GPK, sowie des GGR aufgenommen wurden, haben das Bauvorhaben ganz klar gestärkt. Dazu gehören, dass heute Nassräume in den Zimmern vorgesehen sind. Wir haben den Gebäudestandard Minergie-P-Eco. Wir haben Schallschutzmassnahmen getroffen, die die Wohnqualität sicherstellen. Wir haben neu eine PV-Anlage auf dem Dach. Und wir haben auch die Vorbereitung für eine mögliche Aufstockung getroffen. Ebenso finden wir es zielführend, dass die ehemalige Planung mit 25 Zimmern um fünf weitere Zimmer auf 30 Zimmer ausgeweitet wird.

Die Mehrkosten gegenüber dem Vorprojekt, die Erhöhung des Kredits von CHF 4.5 Mio. auf jetzt CHF 6.9 Mio., sind im Wesentlichen auf die höhere Zimmerzahl zurückzuführen.

Die Notzimmer kommen an eine frequentierte Lage zu stehen. Das streitet niemand ab. Mit der Ausrichtung des Gebäudes, der Anordnung der Zimmer und den Schallschutzmassnahmen mit den Balkonen wird dieser Situation aber Rechnung getragen und eine gute Wohnqualität gewährleistet. Die Notzimmer befinden sich nicht in einem anonymen Gewerbe- oder Industriegebiet, sondern in einem Gebiet, wo nebenan seit Jahrzehnten gewohnt und gelebt wird.

Benny Elsener

Der Standort für Notzimmer an der Zugerbergstrasse, bei der Brandruine, hat sich vor vier Jahren nicht bewährt und kam an der GGR-Hürde nicht vorbei.

Zum Glück, darf man heute sagen. Denn heute haben wir ein ausgefeiltes Neubauprojekt im Göbli, welches bei der CVP-Fraktion sehr gut ankommt.

Danke dem Stadtrat für die guten Unterlagen, danke dem Hochbauchef und dem Departement SUS für die guten Präsentationen in der BPK und GPK und danke natürlich auch dem Architekten, der jetzt im Ausstand ist, für das gute Projekt.

Die BPK und die GPK haben sich ausführlich mit dem Projekt befasst und Fragen gestellt, welche allesamt von der Stadt beantwortet werden konnten.

Das Projekt ist gut, über die Nutzen der kleinen Balkone bezüglich Schallschutz kann man diskutieren beziehungsweise weiss der Bauphysiker sicher besser Bescheid. Sicher ist der 1-Quadratmeter-Balkon ein optimaler Quadratmeter für die Raucher, der Hauswart kann dann im Erdgeschoss die Stummel zusammentragen.

Für uns ist auch das Departement SUS gefordert. Ein sehr guter, externer Partner für einen reibungslosen Betrieb scheint uns sehr wichtig zu sein. Wenn möglich jemand aus der Stadt oder dem Kanton.

Auch sollten die Mietverträge wenn möglich maximal für ein Jahr abgeschlossen werden, damit die 30 Notzimmer die notwendige Nachfrage abdecken. Denn CHF 6.9 Mio. für 30 Notzimmer ist schon ein Happen, aber dank dem komplexen Projekt sicher gut investiert.

Die CVP-Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Urs Bertschi

Es sei klar und deutlich vorausgeschickt: Die SP-Fraktion wendet sich hier nicht gegen den Bau oder die Schaffung von Notzimmern. Wir wenden uns auch nicht gegen 30 anstelle von 25 Notzimmern. Aber den Weg dahin gilt es nun noch etwas vertiefter zu beleuchten. Entsprechend haben wir uns im Vorfeld auch überlegt, einen Rückweisungsantrag zu stellen. Diesen lassen wir im Sinne einer konstruktiven Diskussion in diesem Rat einstweilen noch offen. Es kann aber nicht sein, dies sei hier bereits angemerkt, dass der GGR, einmal mehr der Not oder den fraktionellen Affinitäten und Zwängen zur einen Stadträtin oder zum andern Stadtrat gehorchend, eine höchst fragwürdige Vorlage einfach durchwinkt. Fragwürdig nicht in Bezug auf das Projekt, aber in Bezug auf dessen Entstehung. Immerhin wird die Vorlage auch noch eine Abstimmungshürde an der Urne überwinden müssen.

So ist es die angestammte Pflicht dieses Rates, diese Vorlage etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Denn die Kritikpunkte sind unseres Erachtens zu schwerwiegend, als dass hier einfach zur Tagesordnung übergegangen werden könnte.

Die vom Stadtrat bemühten Begründungen zu dieser – ich kann es nicht anders sagen – exorbitanten Projektverteuerung um, meine Damen und Herren, sage und schreibe rund 53 % mögen auf den ersten Blick plausibel klingen. Bei genauerem Hinsehen allerdings mutieren diese mitunter zu untauglichen Erklärungsversuchen.

Der hauptsächliche Kostentreiber im Projekt – das haben wir heute auch von Stadträtin Eliane Birchmeier gehört, die etwas keck von ehemaliger Planung von 25 Zimmern spricht – wird vom Stadtrat in den fünf zusätzlichen Notzimmern ausgemacht. Diesem Erklärungsversuch ist aus Sicht der SP-Fraktion deutlich zu widersprechen. Denn der Stadtrat hatte die Zahl von 30 Zimmern von Anbeginn auf dem Radar. Dazu sei auf die Vorlage zum Projektierungskredit vom 18. Dezember 2018 (Vorlage Nr. 2516) verwiesen, wo das Raumprogramm vielsagend mit «25 – 30 Notzimmern» definiert wird. Mit andern Worten kann niemand im Stadtrat ernsthaft behaupten wollen, von diesen 5 Zimmern, auch wenn diese zwar als gegenüber der Ausschreibung nun als «zusätzliche 5 Zimmer» apostrophiert werden, nichts gewusst zu haben. Auch das Departement SUS dürfte seine

Begehrlichkeiten wohl von Anfang an klar angemeldet haben. Weshalb sonst sollte man den Raumbedarf schon im damaligen Raumprogramm in dieser Bandbreite angemerkt haben.

So bleibt denn die Frage, wie und auf welcher Basis denn die fünf eingeladenen Architekturbüros im Einladungsverfahren gebrieft wurden. Notabene in einem Einladungsverfahren, in welchem immer auch eine seriöse Reserve einzubauen ist, um den geltenden Schwellenwert nicht zu verletzen beziehungsweise zu umgehen.

Bei den heutigen Kosten dürften diese Schwellenwerte zumindest im Nachhinein nicht bloss marginal, sondern massiv überschritten werden. Es fragt sich im Übrigen auch, ob ein Splitting der Architekturleistung in Planerleistung und Baumanagement-Leistung verfahrensmässig überhaupt rechtens ist. Wie sie vielleicht wissen oder eben nicht, gibt es nebst dem engagierten Architekturbüro auch Axess Architekten, die das Baumanagement besuchen. Beide Teilleistungen der architektonischen Gesamtleistung werden so zu einem gesplitteten Schwellenwert angeboten. Ob das überhaupt rechtens ist, sei dahingestellt. Ich habe Stimmen gehört, die dies aus Sicht von ausgewiesenen Submissionsleuten nicht a priori als korrekt bezeichnen können. Das lasse ich offen, stelle ich mal in den Raum. Immerhin, angesichts der klar auszumachenden Bedürfnisse dieses Projekts – und ich denke, da hat das SUS gute Vorarbeit geleistet, man weiss, was man braucht und was man will – hätten diese Bedürfnisse in eine sorgfältige Ausschreibung einfließen müssen. Dabei hätte man dann wohl auch erkennen können und auch erkennen müssen, dass die Schwellenwerte des Einladungsverfahrens bei den effektiv notwendigen Leistungen mit hoher Wahrscheinlichkeit überschritten werden. Das hätte dann Abbruch dieses Verfahrens bedeutet. Damit aber steht auch die Frage im Raum, ob man hier angesichts der Schwellenwerte beim Einladungsverfahren (CHF 250'000.00) die mutmasslichen Kosten gegenüber den realistisch zu erwartenden Werten seitens der Verwaltung etwas zu günstig kalkuliert hat beziehungsweise das Projekt im Rahmen des Vorprojekts entsprechend abgespeckt auf die Reise schickte. Dies mit dem Ziel, das unbestrittenermassen viel praktischere und weniger zeitaufwändige Einladungsverfahren überhaupt durchführen zu können. «Alles Spekulation», kann man jetzt sagen. Der BPK-Präsident hat mir schon einmal gesagt: «Wir vermuten nicht». Ich stelle es einfach mal in diesen schönen Raum.

Wenn man einen Blick auf die Wegleitung zum Honorar- und Submissionswesen unserer Nachbarstadt Zürich wirft, wird auch hier explizit festgehalten, dass bei der Kostenvoranschlagsposition seriös und nicht zu knapp kalkuliert werden darf, insbesondere nicht, um Schwellenwerte zu unterschreiten.

Der Sprechende weiss natürlich, dass die Verwaltung und der Stadtrat solches nun umgehend bestreiten werden. Zieht man allerdings in Betracht – und das wissen alle, die hier im Saal sitzen –, mit welcher Zuverlässigkeit und Genauigkeit der Hochbau – unter der Leitung des allseits geschätzten und sehr kompetenten Paul Knüsel – selbst bei überaus schwierigen Umbauprojekten wie dem Kollingeviert die Kosten akkurat zu prognostizieren vermag, dann erstaunt die vorliegende Kostenexplosion um satte 53 % und bleibt zumindest für den Sprechenden mit der Person Paul Knüsel nicht vereinbar und letztlich unerklärlich. Ausser, man war hier mit den realistisch zu erwartenden Kosten aus welchen Gründen auch immer bewusst sehr zurückhaltend. Und wer an der BPK-Sitzung dabei war – ich verrate hier kein Kommissionsgeheimnis –, der muss wahrscheinlich in meine Feststellung einstimmen, dass sich der gute Paul Knüsel, der sonst sehr eloquent und auskunftsfreudig ist, in der damaligen BPK-Sitzung zu kritischen Fragen sehr wortkarg gab.

Aus Sicht der SP-Fraktion waren übrigens auch die übrigen ins Feld geführten Kostentreiber – nicht nur diese fünf zusätzlichen Zimmer – jederzeit voraussehbar und entsprechend planbar. Wir reden

hier nicht von unerwarteten oder nicht planbaren Kosten, die eine Kostenexplosion von 53 % zur rechtfertigen vermöchten. Auch hat niemand, weder die BPK noch die GPK, dieses Projekt mit Sonderwünschen in ungebührlicher Weise aufgebläht.

Dass 1 Gemeinschaftsküche irgendwo im Gebäude angesichts der Nutzerbedürfnisse für dieses Projekt nie und nimmer ausreichen würde, und nun richtigerweise 5 Geschossküchen geplant sind, war doch bei seriöser Planung voraussehbar. Es muss mir doch hier niemand von den Fachleuten sagen: oh, grosse Überraschung.

Dass eine Wärmepumpe idealerweise mit eigenem Strom zu betreiben ist, dürfte angesichts der Forderung nach erneuerbarer Energie und der ganzen Nachhaltigkeitsdiskussion in unserer Stadt heute niemanden mehr auf dem falschen Fuss erwischen. Der Bedarf nach einer PV-Anlage war erkenn- und planbar. Weshalb eine Anschlusslösung mit der PV-Anlage auf dem Ökihof heute nicht mehr in Frage kommt – das war beim Vorprojekt noch Thema und kann dort nachgelesen werden –, wurde aus meiner Sicht bis heute nicht kommuniziert, entzieht sich somit unserer Kenntnis. Zu Circulago komme ich später noch.

Die Option einer Aufstockung um 2 Geschosse gehört angesichts des weiterhin angestrebten städtischen Wachstums und den damit wahrscheinlich entsprechend steigenden Sozialhilfeanliegen zur planerischen Pflicht, war also auch voraussehbar.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson bittet **Urs Bertschi**, etwas kürzer zu sprechen.

Urs Bertschi

Ja, ja, ich spreche – Es gab hier mal einen, der sagte, wir sind ein Parlament, und da wird parliert. Aber ich parliere ja nicht einfach ohne Hand und Fuss.

Dass sich in diesem städtischen Entwicklungsgebiet selbstredend auch Fragen zu einem adäquaten Lärmschutz bei Wohnnutzungen stellen, ist doch logisch. Wenn man nun hier mit vorgesetzten Balkonen den Lärmschutz verbessert, ist dies zwar richtig, es stellt sich aber gleichzeitig die Frage, ob er denn anders überhaupt hätte hinreichend gewährleistet werden können. Mit anderen Worten können Kosten, die zur Einhaltung der Grenzwerte und damit zur Erlangung einer Baubewilligung zwingend notwendig sind, heute nicht wirklich als überraschende Mehrkosten taxiert werden.

Wenn man in der Ur-Planung dieses Projekts ernsthaft damit gerechnet hatte, mit bloss 1 WC für 5 Zimmer über die Runden zu kommen, wäre dies doch nicht seriös gewesen. Es entspricht gerade in solchen Einrichtungen – und das kann Urs Raschle wahrscheinlich bestätigen – einem ausgewiesenen Bedürfnis und einer Notwendigkeit, jedem Zimmer ein Lavabo und ein WC zuzuordnen. Gleiches kann von den angebotenen Duschräumen gesagt werden, wo nun zwei statt einer Dusche pro Geschoss geplant sind. Keine echten Mehrkosten – das ist einfach irgendwo der Unsorgfalt zum Opfer gefallen.

Ob es in einem solchen Zweckbau – und das sage ich jetzt wirklich ganz deutlich – allerdings den massiv teureren Minergie-P-Eco-Standard mit CHF 500'000.00 Zusatzkosten braucht, könnte man durchaus diskutieren, zumal es heute auch noch andere, durchaus äquivalente Nachhaltigkeitsstandards gibt, zum Beispiel den Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz SNBS Hochbau, wo man vielleicht etwas günstiger über die Runden käme.

Die SP-Fraktion beurteilt, auch wenn die WWZ hier den Nachweis geliefert hat, die unmittelbare Nachbarschaft dieser Notzimmer zur Trafostation der WWZ als echt problematisch. Anzumerken ist dazu, dass selbst die BPK von der bestehenden Trafostation – und das ist kein Detail – erst in einem späteren Projektstadium erfahren hat. Wäre dies bereits früher, zum Beispiel bei der Klärung der Frage «hoher Baukörper» oder «liegender Baukörper», bekannt gewesen, wäre dieser Umstand zumindest bei meiner Einschätzung eingeflossen. Ich hätte nie direkt neben einer Trafostation, auch wenn es «nur» Notzimmer sind, Wohnnutzung angesiedelt. Das betrifft übrigens auch die Frage nach dem selbstverständlichen Lärmschutz. Unter Beachtung all dieser Aspekte stelle ich heute festzustellen, dass ein liegender Baukörper mit Wohnen auf der ruhigen Rückseite und gewerblicher Nutzung entlang der Industriestrasse weitaus sinnvoller wäre. Allein aus städtebaulicher Sicht darf man sich mit Fug auch fragen, ob die zwingend notwendigen Lärmschutzwände entlang der Industriestrasse als künftig zentraler Einfahrtsachse in unsere Stadt letztlich das Stadtbild abgeben, das wir uns zusammen mit unserer Stadtplanung effektiv wünschen. Insofern, meine Damen und Herren, ist es nie zu spät für einen «Marschhalt».

Und dann noch zu «Circulago». Dass dieses Gebiet auch interessantes Entwicklungsgebiet für das Generationenprojekt der WWZ, für den Wärme-/Kälteverbund Circulago darstellt, ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Wenn nun darum laviert wird, aus welchen Gründen ein städtischer Circulago-Anschluss der Notzimmer erst als nachträgliche Option im Raume steht, erstaunt dies die SP-Fraktion. Denn der Mobility Hub, der jetzt als schlagendes Argument bemüht wird, dass die WWZ jetzt eingelenkt hat, ist schon länger in der Planung und es war immer die klare Absicht der V-Zug, sich energetisch über Circulago anzuschliessen. Mit anderen Worten ist nicht nachvollziehbar, weshalb die WWZ nicht gewusst haben soll, was auf der Westseite der verlängerten Industriestrasse in naher Zukunft abgehen wird und daher den Leitungsquerschnitt nicht hätte mit genügender Sicherheit evaluiert werden können. Selbst wenn die Stadt auf dieser Strassenseite momentan einzige Abnehmerin gewesen wäre – was nun offenbar allerdings nicht der Fall ist, kommt doch nebst dem Mobility Hub der V-Zug nun auch noch die Korporation mit einem Bauvorhaben dazu –, geht es nach Meinung der SP-Fraktion nicht an, dass die Stadt, gerade als Aktionärin dieser Gesellschaft, einen Anschluss weder von Anbeginn plant und auch nicht mit gebührendem Druck einfordert. Immerhin hat die Stadt den WWZ den roten Teppich ausgerollt, um dieses zukunftssträchtige Energieprojekt zu ermöglichen. Da kann es doch nicht sein, dass ausgerechnet die Stadt hier keine Circulago-Versorgung erhalten soll, weil es sich nicht rentieren soll.

Immerhin, die städtische Immobilienabteilung sieht den Puck: so führt sie doch selber in der Vorlage Nr. 2636 (Traktandum 8 von heute) aus, dass sich im jährlichen Immobiliencockpit zeige, dass die Energieeffizienz in den letzten Jahren eine immer grössere Bedeutung erlange. So werde bei Umbauten auch überprüft, wie Gebäude energetisch verbessert werden können, zum Beispiel mittels Circulago.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson bittet **Urs Bertschi**, mit seinem Votum zum Ende zu kommen.

Urs Bertschi

Ja, drei Sätze noch.

Wenn Energieeffizienz via Circulago heute bei Umbauten in unserer Stadt ein Ziel sein soll, so fragen wir uns natürlich zu Recht, weshalb die Stadt dies nicht auch bei Neubauten mit letzter Konsequenz einfordert. Die Zukunft beginnt heute, meine Damen und Herren. Setzen Sie also bitte alles daran,

dass die Notzimmer künftig durch Circulago beheizt werden. So sparen wir auch einiges an weiteren Investitionskosten für Wärmepumpe und PV-Anlage.

Zusammenfassend hält die SP-Fraktion fest, dass die ganze Projekt- und Kostenentwicklung in dieser Vorlage nicht zufriedenstellend verlaufen sind. Wir müssen hier negativ von diesem Zwischenbericht Kenntnis nehmen. Es handelt sich aber um eine Vorlage, so sieht es etwas anders aus. Angesichts der vorliegenden Erkenntnisse und Fakten sollte man auch die gewählte Auslegung des Projekts in der Tat nochmals überdenken. Macht das Hochhaus wirklich Sinn, wenn es schallmässig zum Wohnen nicht unproblematisch ist und wenn die Notzimmer in unmittelbarer Nachbarschaft zu einer gesundheitlich nicht unbedenklichen Trafostation zu liegen kommen?

Wie bereits gesagt, meine Damen und Herren, ist es nie zu spät für einen «Marschhalt». Den mache ich jetzt auch. Denn zeitliche Dringlichkeit für die Notzimmer besteht aus heutiger Sicht nicht. Mit anderen Worten besteht damit kein Grund, um sich jetzt auf eine unbefriedigende Notlösung für unsere Notzimmer einzulassen.

Eliane Birchmeier, Stadträtin

Ich melde mich nicht inhaltlich zu den Notzimmern, sondern möchte einen Ordnungsantrag machen. Es liegt in der Natur eines Parlaments, dass eine Debatte mit Salz und Pfeffer gewürzt ist, dass es Meinungsverschiedenheiten gibt und dass man nicht gleicher Meinung sein soll. Was ich aber nicht akzeptiere, ist irgendwelche Andeutung eines unehrenhaften oder nicht legalen Verhaltens. Das weise ich mit aller Deutlichkeit zurück.

Richard Rüegg, BPK-Präsident

Geschätzter Urs, Mehrkosten hat die BPK bereits moniert, wurden aber von der Verwaltung erklärt und im Bericht mit einer schönen Folie dargestellt und abgebildet. Somit konnten wir nachvollziehen, wie die Mehrkosten entstanden sind.

Wie bereits in der BPK erwähnt, möchte ich nicht vermuten und unterstellen – wenn, dann muss so etwas Hand und Fuss haben. Ich habe dich bereits in der BPK-Sitzung diesbezüglich zurechtgewiesen und müsste es wegen deiner Vermutungen eigentlich hier nochmals tun. Und zuletzt: Du hast dem Projekt in der BPK zugestimmt. Somit überrascht mich doch, deine Kritikpunkte hier nochmals zu hören und dass neue Kritik auch auf den Tisch kommt. Betreffend Circulago wurde der BPK immerhin in der zweiten Sitzung mitgeteilt und begründet, wieso es erst später zu diesem Entschluss gekommen ist und wieso die WWZ auf dieser Strassenseite noch keinen Anschluss vorgesehen hatte. Selbstverständlich kann die Verwaltung beziehungsweise die Stadt immer einen Wunsch für einen Circulago-Anschluss äussern, aber ich nehme an, dass die Anschlussgebühren nachher nicht mehr deinem Verständnis entsprechen.

In diesem Sinne, wie bereits erwähnt: Kritik ja, aber Unterstellungen – nein.

Roman Burkard

Die FDP-Fraktion unterstützt die Vorlage einstimmig und folgt somit den Anträgen der vorberatenden Kommissionen.

Es handelt sich dabei um eine sinnvolle und notwendige Investition in die Zukunft. Das Gebäude ist zweckentsprechend konzipiert und bietet die notwendige Flexibilität, um auf die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner (Einzelpersonen / Familien) einzugehen.

Die Kosten beziehungsweise die Erstellungskosten der Baute gaben auch in unserer Fraktion Anlass zu Diskussionen.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Stadt in puncto Nachhaltigkeit und Energieeffizienz eine Vorbildrolle einnehmen muss und dass die Planung und das Bauen im Allgemeinen aufgrund diverser Vorschriften wie Brandschutz, Schallschutz, winterlicher- und sommerlicher Wärmeschutz, Sicherheitsanforderungen, und so weiter immer komplexer beziehungsweise teurer wird, sind die Kosten nachvollziehbar.

Wie bereits anfangs angedeutet stimmt unsere Fraktion dem Baukredit einstimmig zu.

David Meyer

Die glp freut sich, dass hier mal eine vorausschauende Planung stattgefunden hat. Wir müssen keine Provisorien planen. Wir wissen, dass die Notzimmer rückgebaut werden. Und wir haben zeitgerecht jetzt schon die Vorlage auf dem Tisch, damit wir die Notzimmer ordentlich planen und in Betrieb nehmen werden können.

Der Standort ist passend für den Zweck und das Gebäude ist schlank, mit wenig Footprint nach oben gezogen und gut geplant.

Zu den Mehrkosten: Die erste Version – und da widerspreche ich Urs Bertschi zum ersten Mal –, die uns von Paul Knüsel vorgestellt wurde, war in der Tat äusserst spartanisch. Man darf dabei durchaus mit tiefen Kosten rechnen, wenn man so spartanisch geplant hat, wie damals vorgestellt. In der BPK wurden dann diverse Sachen aufgebracht. Die BPK hat Anliegen aus dem Bereich Betreuung, diese Problematik aufgenommen und realisiert, dass man in der Tat etwas grosszügiger planen und etwas praktischer einrichten muss. Und deswegen sind die Preise schon ein erstes Mal nach oben gegangen.

Zum Minergie-P-Eco-Standard sage ich: Aber sicher machen wir den. Wir sind die Stadt und wir können und müssen uns das leisten. Wir als Stadt gehen voraus und müssen auch den Privaten zeigen, dass wir diese Sache ernst nehmen und so planen. Ein Minergie-P-Eco-Standard hat auch Vorteile. Wir verwenden möglichst energieschonende, erneuerbare Komponenten. In der vorliegenden Planung sind diese Komponenten auch sehr beweglich. Man wird in rund 20 Jahren, wenn allenfalls Bedürfnisse geändert haben, diese Elemente auch flexibler einsetzen, umbauen oder nachrüsten können. Das hat seinen Preis.

Dass Circulago nicht einbezogen wurde, hat auch mich etwas erstaunt. Das darf man als Mangel so hinstellen. Dieser Mangel wurde aber in der Zwischenzeit erkannt und wird in wahrscheinlich in absehbarer Zeit behoben sein, so dass Circulago – ich erwarte das zumindest – dann auch in diesem Haus Einzug findet.

Der zweite Punkt, den ich an den Ausführungen von Urs Bertschi bemängeln möchte, ist: Das Vehikel Notzimmer jetzt zu missbrauchen, um so lange über Verfahrensfragen des Submissionswesens zu sprechen, finde ich wirklich deplatziert. Wir wissen, dass man bei der Submissionsthematik durchaus wachsam zu sein braucht. Man kann dazu Vorstösse machen. Als langjähriges Ratsmitglied wüsste Urs Bertschi durchaus, dass hierzu eine Interpellation eine gute Sache wäre. Dann könnte man darüber sprechen. Aber das hier zu verwenden, um die Notzimmer abzuschliessen, verstehe ich gar nicht.

Jürg Messmer

Die Notwendigkeit für den Neubau Notzimmer im Göbli ist unbestritten. Diverse Standorte wie Zeughausgasse oder altes Kantonsspital fallen weg und müssen ersetzt werden.

Trotzdem waren wir von der SVP-Fraktion leicht erstaunt, dass der Objektkredit nun doch einiges höher ist als in der Vorlage Nr. 2516 zum Projektierungskredit vom 18. Dezember 2018 ursprünglich angenommen.

Zwar werden im Bericht der BPK sowie der GPK die Gründe für die Mehrkosten von rund CHF 2 Mio. erläutert, hinterlassen jedoch trotzdem einen leicht faden Beigeschmack.

Zum Lärmschutz:

Aus Sicht der SVP-Fraktion hätte man bereits bei der Planung erkennen müssen, dass ein Lärmschutz angezeigt ist und notwendig wird. Dass nun nachträglich für rund CHF 300'000.00 kleine Raucherbalkone als Lärmschutz eingeplant werden müssen, ist ärgerlich.

Zu Minergie:

Auch der Wechsel von Minergie Standard auf Minergie P-Eco geht dann doch recht ins Geld. Mehrkosten von einer halben Million sind bei diesem Punkt ausgewiesen. Gemäss Baudepartement ist der Minergie-P-Eco-Standard in Zukunft bei Neubauten Standard. Wir erwarten daher in allen weiteren Neubauvorlagen, dass dieser Standard auch von Anfang an entsprechend aufgeführt wird.

Aber es darf auch Positives verkündet werden: mehr Zimmer. Die Aufstockung von 25 auf 30 Notzimmer erscheint der SVP-Fraktion als sinnvoll. Auch die Vorbereitung einer möglichen Aufstockung um 2 Geschosse wird begrüsst.

Zum Antrag der BPK betreffend Aufenthaltsdauer:

Zwar ist die SVP-Fraktion in der Regel von Phrasen wie «in der Regel» nicht begeistert. Im vorliegenden Fall macht dieser Antrag der BPK jedoch Sinn.

Fazit:

Die SVP-Fraktion dankt der BPK sowie der GPK für das genaue Hinschauen bei dieser Vorlage und stimmt dem Objektkredit von CHF 6.9 Mio. sowie der von der BPK beantragten Ergänzung «in der Regel» einstimmig zu.

Jetzt erlaube ich mir noch zwei kleine Bemerkungen zu den Vorrednern.

An Stefan Hodel von der Fraktion Alternative-CSP: Beim Antrag von Theo Iten wurde gleich moniert, preisgünstige Wohnungen an diesem Standort seien schlichtweg unzumutbar. Meine Damen und Herren, wieder einmal ist es so, dass man Hand bieten würde, und wieder will die Linke keine preisgünstigen Wohnungen. Da müssen sie vielleicht mal über die Bücher, wo preisgünstige Wohnungen möglich sind, sicher nicht auf dem Zugerberg mit Blick auf die Rigi und den Zugersee.

Eine kleine Spitze erlaube ich mir auch an den Stadtrat, stellvertretend an Eliane Birchmeier: Sie hat gesagt, man sei jetzt in einem Projekt und das Projekt könne man jetzt nicht mehr abändern. Meine Damen und Herren, es ist sowieso nicht mehr das ursprüngliche Projekt: 30 statt 25 Zimmer, Minergie P-Eco statt Minergie Standard, Lärmschutz ja, Photovoltaik ja, alle Zimmer neu mit WC statt ein WC pro Stockwerk und neu auch zwei Duschen statt eine Dusche pro Stockwerk. Wir reden hier also schon von einem anderen Projekt als ursprünglich geplant.

Ich bin überzeugt, Theo Iten wird irgendwann heute auch noch zu diesem Thema sprechen. Und dann könnten wir dem Rückweisungsantrag, je nachdem wie er formuliert wird, auch zustimmen.

Stefan Hodel

Auch unsere Fraktion ist mehrheitlich für den Bau der Notzimmer am vorgeschlagenen Standort. Bedenken gibt es aus städtebaulicher Sicht. Diese Bedenken wird mein Fraktionskollege Ignaz Voser später darlegen.

Unsere Fraktion freut sich, dass hier ein durchdachtes Projekt vorliegt, basierend auf dem Rahmenkonzept Notzimmer hat das Baudepartement eine auf die Bedürfnisse der Stadt zugeschnittene Lösung gefunden.

Kleinere Bedenken und Vorschläge, die im Rahmen der Beratung in den Kommissionen gemacht wurden, sind von den Verantwortlichen entgegengenommen worden. So hoffen wir, dass die Zahl der Veloabstellplätze erhöht werden kann. Es dürfte wohl eher selten sein, dass die zukünftigen Nutzer der Notzimmer ein eigenes Auto haben. Sollte dies der Fall sein, kann das Motorfahrzeug im gleich daneben liegenden Parkhaus der V-Zug abgestellt werden. Die Grösse der Zimmer ist angemessen, dank Küchen auf den Geschossen ist auch ein sozialer Austausch zwischen den Bewohnern möglich. Eine Dusche für drei Personen genügt.

Die Unterkunft wird gebaut für Menschen, die ganz unterschiedliche Bedürfnisse haben, die oft psychisch beeinträchtigt sind, Probleme im Umgang mit Suchtmitteln haben, beruflich nicht Fuss fassen können. Es sind öfters junge Erwachsene die von den Eltern aus der Wohnung gewiesen werden, Menschen die ihre Finanzen nicht im Griff haben und wegen unbezahlter Miete auf die Strasse gestellt werden. Die Notzimmer dürfen von der Ausstattung und Grösse her bescheiden sein, nur so sind die Bewohner motiviert, eine längerfristige Lösung zu suchen.

Wir sagen Ja zu dieser Vorlage.

Ignaz Voser

Es wurde bereits einiges gesagt zu den Notzimmern, lassen Sie mich noch einen anderen Punkt beleuchten, welcher für unsere schöne und prosperierende Stadt auch sehr wichtig ist.

Auch ich bin der Meinung, dass bezüglich Notzimmer Handlungsbedarf besteht, aber nicht mit diesem Projekt und nicht unter diesem Zeitdruck. So laufen wir in die Falle.

Diese Woche habe ich nach persönlichen Recherchen erfahren, dass es sie wirklich gab, die Lösungen und Angebote an die Abteilung SUS, welche einen Neubau in vorliegender Form überflüssig machten. Leider aber wurden diese verfrüht ausgeschlagen, zu wenig geprüft oder – noch schlimmer – verschlafen. Oder – und das möchte ich den Akteuren in dieser Sache zugutehalten – einfach zu wenig beachtet oder glücklos angepackt.

Darum werde ich diesem Objektkredit so nicht zustimmen, und das aus folgenden Gründen: Lasst mich zuerst den Standort und den städtebaulichen Kontext, und damit den eigentlichen Hauptkritikpunkt an dieser Notzimmervorlage etwas genauer beleuchten.

Lange Zeit war das Gebiet Göbli am Ende der Industriestrasse ein eher ruhiger und unspektakulärer Ort. Neben ein paar Gewerbebauten waren da noch die Handwerkstadt umgeben von grünen Wiesen und vielen Bäumen und etwas weiter entfernt in idyllischer, ländlicher Umgebung die Tennisplätze. Der Übergang von der Stadt zur Landwirtschaftszone war kaum spürbar.

Nun, mit der Eröffnung der Verbindungsstrasse zur Tangente, sieht das Gebiet plötzlich ganz anders aus und es entstand unseren Blicken längere Zeit entzogen fast unbemerkt ein neues Quartier.

Was sich jetzt abzuzeichnen beginnt, scheint alles andere als mit dem Resultat einer gelungenen und nachhaltigen Stadtentwicklung zu enden. Schlimmer noch: hier beginnt sich Stadtentwicklung auf tiefstem Niveau abzuzeichnen. So funktioniert nachhaltige Stadtentwicklung eben nicht.

Mit den Worten «Wenn ich einen Weg, eine Strasse oder ein Haus baue, denke ich an die Stadt.» hat uns der vor wenigen Tagen verstorbene, bekannte Tessiner Architekt und Stadtdenker Luigi Snozzi einen wichtigen Satz hinterlassen. Nämlich den Leitsatz, wie guter Städtebau gelingen könnte.

Das tönt vielleicht in vielen Ohren etwas sehr naiv. Denn Hand aufs Herz: Wo es ums grosse Geld und Grundbesitz geht, denken doch nur noch wenige an die Stadt. Oder täusche ich mich? Umso mehr ist in dieser Sache der Stadtrat als Ganzes gefordert, um für die Stadt einzustehen.

Wir, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, müssen nicht ins Tessin gehen, wir verfügen seit April 2019 über ein sehr brauchbares, in blauer Farbe gerahmtes Büchlein oder noch besser, eine kleine Bibel, wie wir unsere Stadt gestalten sollten. Titel: Stadtraumkonzept Zug 2050. Da sind sehr passende Ideen und Sätze wie der folgende zu lesen:

«Ziel ist es, Stadträume zu schaffen, in denen man sich gerne aufhält, gut zurechtfindet und sicher fühlt. Dabei ist mit einer klaren Hierarchie der Freiräume und mit entsprechenden baulichen Massnahmen ein übergeordnetes Bezugssystem zu schaffen, das im öffentlichen Raum die Orientierung erleichtert und konfliktfreie Begegnungen unterstützt. Die Häuser müssen hierbei einen Beitrag zur Qualität des öffentlichen Raums leisten. Mit ihren Fassaden definieren sie die Raumkanten und den Charakter der Strassen, Plätze, Höfe und Gärten.»

Unterzeichnet von unserer Bauchefin Eliane Birchmeier wurde dieses Büchlein allen von euch abgegeben und ich empfehle euch wärmstens, wieder einmal darin zu blättern. Nur, wer solch begrüssenswerte Stadtideen postuliert, sollte auch danach handeln. Die vorher von Eliane Birchmeier angesprochene Verlässlichkeit, die sie von diesem Rat reklamiert, muss doch umgekehrt auch für uns Parlamentarier gelten. Der Rat hat das Recht auf Verlässlichkeit, von diesen Ideen und Stadtkonzepten zu profitieren. Alles andere ist toter Buchstabe, und da liegt der Hund begraben. Wer wie unsere Bauchefin gerne ihre liberale Haltung verkündet, gibt das Heft vorzeitig aus den Händen und signalisiert, es sind ja nur Konzepte. In diesem Fall braucht es Haltung und das Einstehen für die Stadt oder aber es werden, wie hier geschehen, andere bestimmen. So wird unsere Stadt 2050 nicht wiederzuerkennen sein und wir alle landen auf dem Bettvorleger.

In diesem Kontext stellt sich schon auch die Frage, mit welchem Planungsmittel ist man vorgegangen? Warum gab es keine parzellenübergreifende Gesamtplanung zur Einbettung dieses Notzimmergebäudes, zum Beispiel in Form eines Quartierplanes light. Warum wurde ein Mitwirkungsverfahren der Stadt Zug und Baar und den Nachbarquartieren zum Vornherein ausgeschlossen? Warum wurde diese Gebietsentwicklung als Ganzes nie in die Bau- und Planungskommission getragen? Redet man überhaupt miteinander? Als ich dieses Gebiet anlässlich einer BPK-Sitzung auf dem Stadtmodell überprüfen wollte, musste ich zu meinem grossen Erstaunen feststellen, dass dieser neue Stadtteil auf dem Stadtmodell gar nicht existiert. Eine rein formale Prüfung war gar nicht möglich.

Aber zurück zum Gebiet Göbli und dem Umfeld der geplanten Notzimmer.

Was früher eine kleine Erschliessungstrasse war, ist heute eine gewaltige und überbreite Schneise, welche das Gebiet Göbli in zwei Teile durchtrennt. Links und rechts dieses Strassenraumes sind nebst den bestehenden Gewerbe- und Industriebauten, Signalanlagen, Hinweisschilder und Kandelaber, neue Baufelder und bereits begonnene Neubauten zu erkennen. Die langgezogenen Erdwälle und Lärmschutzwände wirken sehr abweisend und gehören nicht in ein Quartier.

Die dominierenden Elemente dieses Gebietes sind der mehrspurige überbreite Strassenraum mit all seinen Zu- und Wegfahrten und das neue mächtige, gesichtslose Parkhaus der V-Zug, welches wie ein Wahlfisch vor und zwischen die viel kleineren Gebäude zu liegen kommt sowie der neue Ökihof der Stadt Zug. Mit den hinter Erdwällen und Lärmschutzwänden abgeschirmten Tennisplätzen endet die Stadt neu abrupt.

Und dann ist da noch diese unsägliche Personenüberführung, welche den überbreiten Strassenraum so überspannt, dass, wenn man von Norden in die Stadt einfährt, ausgerechnet der grandiose Blick zur Rigi und die Berge verdeckt wird.

Nicht zu sehen und zu finden sind attraktive Zwischen- und Aussenräume. Bäume, welche für dieses Gebiet mehr als nötig wären, sucht man vergebens. Die gewaltige Versiegelung mit Asphalt und Beton, die bald in vollem Ausmass sichtbar sein wird, kann und darf vom Stadtrat so nicht hingenommen werden. Hier handelt man gegen besseres Wissen. Den Klimawandel und die daraus resultierende Hitze in der Stadt kann und darf man nicht länger ausblenden.

Und ausgerechnet an diesem schwierigen und ungastlichen Ort soll nun ein kleiner Turm mit Wohnnutzung hingestellt werden. Der Schwarzplan und die der Vorlage beigelegte Situation zeigen es deutlich auf: Völlig exponiert und quasi an der Bordsteinkante der Zubringerstrasse zur Tangente, eingeklemmt zwischen Lärmschutzwänden und Erdwällen, die bis zur Stadtgrenze reichen – da sollen nun in Not geratene Menschen würdig untergebracht werden. Das halte ich für einen groben Fehler oder zumindest für grenzwertig.

Bitte versteht mich nicht falsch. Ich möchte in keiner Weise die Arbeit der Mitarbeiter vom Baudepartement, welche hier mitgewirkt haben, herabwürdigen. Ich weiss ihre Arbeit zu schätzen und danke ihnen dafür. Hier wurde zügig eine Bestellung abgearbeitet und eine umfassend dokumentierte Vorlage unterbreitet – aber leider für den falschen Ort.

Bedauerlicherweise sieht man dem Projekt das Drängen und Würgen, um auf Teufel komm raus einen Platz zu finden, sehr stark an. In der ganzen Umgebung wurde in den vergangenen Jahren viel geplant, verhandelt, getauscht und neu verteilt. Aber irgendwie hat man das Gefühl, dass der Stadtrat wieder einmal über den Tisch gezogen wurde und wir nun mit einem unattraktiven Restgrundstück, vollgestellt mit Lärmschutzwänden, vorliebnehmen müssen, welches alles andere als leicht zu überbauen ist.

Wir erhalten den verschlissenen Bettvorleger, während andere die teuren Seidenteppiche ergattern haben.

Zugegeben, das Äussere des Gebäudes kommt recht ansprechend daher. Die Fassade ist durchaus sauber gestaltet und materialisiert. Nur, eben diese Fassade kostet viel Geld und ein Grossteil der Gesamtkosten muss man der exponierten Lage wegen für den erhöhten Schallschutz und den Minergiestandard P-Eco aufwenden. Trotz schöner Fassade bleibt es eine Bettenburg vollgestopft mit kleinen Zimmern.

Richtig übel wird einem, wenn man das Innenleben des Gebäudes und die Ausrüstung der Notzimmer anschaut. Zum Vergleich: 12 Quadratmeter Grundfläche hat der in Moskau inhaftierte Alexei Nawalny in seiner Zelle auch zur Verfügung, plus Fernseher. Den gibt's in den Notzimmern natürlich nicht. Dafür ist man im Notzimmer auch nicht eingeschlossen.

Bei diesen Zimmern wurde bis aufs absolute Minimum reduziert. Solche Zimmergrößen für erwachsene Personen sind der Würde von in Not geratenen Menschen nicht eben zuträglich. Zum Vergleich: Vergangene Woche sprach die Bundeskanzlerin Angela Merkel zu den Lockerungsmassnahmen in Zusammenhang mit der Coronakrise und verkündete, dass die Friseurgeschäfte ab 1. März in ganz Deutschland wieder öffnen dürfen. Ihr fragt euch bestimmt, was haben die Frisuren der Deutschen mit unseren Notzimmern zu tun? Und jetzt kommt's. Als Begründung sagte Angela Merkel in etwa, dass eine gepflegte Frisur respektive ein Haarschnitt zur Würde der Menschen gehöre.

Wir betreiben hier mit «12-Quadratmeter-Architektur» Sozialpolitik und meinen, die Menschen so würdig unterzubringen. Diese Meinung teile ich nicht und kann ich auch nicht mittragen.

Leider stehen die Anzeichen schlecht, dass im Göbli noch etwas zu retten ist. So werden wir in Zug bald auch ein Stück Agglo bekommen und werden im nördlichen Stadtzugang mit Egerkingen Industrie, Wallisellen Nord und ähnlichen Orten mithalten können.

Mit diesem Gebiet sind wir echt in Not geraten. Ich teile die Meinung meiner Vorredner, wäre auch für einen Marschhalt und bitte um Rückweisung dieser Vorlage.

Jürg Messmer

Ich will die Sitzung nicht in die Länge ziehen, aber ich habe jetzt gefühlte zwei Stunden diesem Votum von Ignaz Voser zugehört. Ignaz Voser ist wie ich in BPK und hat sich dort mit keinem einzigen Wort von dem, was er heute hier loswurde, geäußert. Und das, Ignaz, finde ich dann doch sehr, sehr bedauerlich. Wir hätten die ganze Diskussion in der BPK bereits führen können statt die Sitzung heute um zwei Stunden zu verlängern. Damit habe ich doch Mühe.

Und wir müssen auch noch etwas anderes sehen, meine Damen und Herren. Es heisst «Stadt» Zug. Wir sind eine Stadt. Wenn du weiterhin freie Sicht auf Berge und Seen möchtest, dann – ich sage es jetzt auf «Bärndütsch»: «Darfsch gärn is Ämmitau cho, dört heimer no settig Gägende.»

Etienne Schumpf

Wir sind ebenso stark irritiert wie Vorredner Jürg Messmer. Ignaz Voser und Urs Bertschi sind beide Mitglied der BPK, die dieser Vorlage in der Schlussabstimmung einstimmig zugestimmt hat. Für uns ist es wenig glaubwürdig, wenn jetzt hier so ein ausuferndes Bashing betrieben wird, Voten gemacht werden, die zu 95 % ungeprüfte Thesen beinhalten, irgendwelche Interpretationen. Und bei der langen Rede von Urs Bertschi habe ich einen Fakt herausgehört, nämlich die Mehrkosten von 53%. Das ist so. Ich möchte zu diesem Projekt aber auch sagen, dass es wahrscheinlich ein Privileg ist, das wir in der Stadt Zug haben, dass wir uns für solche Notzimmer so einen Neubau leisten können und auch leisten wollen. In anderen Städten, die nicht so auf Rosen gebettet sind wie wir, müssten wahrscheinlich irgendwie und irgendwo bestehende Lösungen gesucht werden.

Ich glaube, jetzt einfach zu sagen, dass es keine Dringlichkeit gibt und dass man die Vorlage einfach mal zurückweisen und schauen kann, was passiert – das ist natürlich falsch. Ich denke, wir leben in

einer Zeit, wo man eben frühzeitig planen muss und wo dieser Bedarf für Notzimmer in der nächsten Zeit sehr wahrscheinlich ansteigen wird.

Die FDP wird sich dementsprechend einstimmig für diese Vorlage einsetzen und ihr zustimmen. Wir möchten uns einsetzen für Leute, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Die SP scheint hier andere Kriterien höher zu gewichten.

Ignaz Voser

Natürlich muss ich Jürg Messmer dahingehend recht geben, dass jetzt andere Themen und Fakten auf den Tisch gekommen sind, die man schon in der Bau- und Planungskommission hätte ausdiskutieren können. Aber ich möchte hier zu meiner Verteidigung sagen, dass ich in der Vorlage in der Bau- und Planungskommission nicht zugestimmt habe. Ich habe keine Ja-Stimme abgegeben. Und im Übrigen sind die Notzimmer im Göbli wirklich ein sehr komplexes Thema. Das kann man vielleicht nicht mit einem Satz abhandeln. Ihr wisst, wir sind alles Feierabendparlamentarier. Ich habe mir Mühe gegeben, gewisse Themen abzuklären, Fragen zu stellen. Die Leute in der Verwaltung zu erreichen, das klappt nicht immer am selben Tag. Das sind Dinge, die ich in Ruhe machen musste und über die ich erst jetzt den Gesamtüberblick hatte. Darum mein Votum in dieser Länge. Ich hoffe, Jürg, du hältst noch aus.

Richard Rüegg, BPK-Präsident

Es ist richtig, dass Ignaz Voser in der BPK nicht zugestimmt hat. Ich möchte aber auch festhalten, dass er an der Sitzung gar nicht anwesend war. Zu sagen, man habe nicht zugestimmt, wenn man nicht anwesend war – eine solche Aussage weise ich zurück.

Zweitens möchte ich doch bitten, die Kommissionsarbeit bei den Kommissionen zu belassen und nicht hier in den GGR zu bringen. Ansonsten frage ich mich wirklich, für was wir zusammensitzen und diese Kommissionen haben, wenn wir am Schluss das Ganze hier im Rat nochmals ausdiskutieren müssen. Lasst die Dinge also an den Orten, wo sie hingehören. Und wenn du, Ignaz, nicht zur Sitzung kommen kannst, darfst du mich jederzeit anrufen – das weisst du. Du darfst auch deine Meinung äussern und hättest auf die BPK-Sitzung hin mitteilen können, dass du diesem Projekt nicht zustimmst.

Philip C. Brunner

Wir sind an einem Punkt in der Diskussion angekommen, wo wir uns der Sache willen vielleicht etwas zurücknehmen müssen.

Ich möchte unbedingt das Votum von Urs Bertschi verteidigen. Ich fand es nicht korrekt, Frau Ratspräsidentin, dass Sie Urs Bertschi unterbrochen haben, denn er hat zum Thema gesprochen und wir haben in diesem Parlament keine Redezeiteinschränkungen. Es muss möglich sein, dass fundierte Kritik – und die Kritik von Urs Bertschi war fundiert und nicht persönlich gemeint – hier geäussert werden kann. Ebenso gilt das für Kollege Ignaz Voser.

Zusammenfassend habe ich einfach den Eindruck, dieses Parlament will diese Notzimmer. Es gibt ein paar Punkte, bei denen man sich nicht einig ist und wo wir uns einigen müssen.

Persönlich habe ich immer bedauert, und ich bringe das nochmals zum Ausdruck, dass wir solche Projekte im GGR in einer Einzellesung behandeln. Die GSO legt das so fest. Im Kantonsrat werden auch Projekte in der Höhe von CHF 7.6 Mio. in zwei Lesungen behandelt und gehen ebenso durch die Kommissionen. Wenn es halt länger dauert, dauert es länger. Und es gibt ganz genau festgelegte Perioden zwischen der ersten und der zweiten Lesung.

Ich bin der Meinung, man sollte dieses Projekt – ich habe gehört, dieser Antrag wird noch gestellt werden – jetzt nicht zurückstellen im Sinne einer Ablehnung. Aber es gibt Fragen, die zu klären sind. Ich bin auch etwas irritiert über die eine oder andere Frage. Ich habe der Stadträtin Fragen gestellt. Diese wurden unserer Kommission immer sehr korrekt beantwortet. Auch diese Frage betreffend die Elektrozentrale der WWZ. Ich finde, das Geschäft ist sehr gut vorbereitet, aber wir gehen bei diesem Geschäft in eine Volksabstimmung. Dieses Geschäft zu bodigen – und das sage ich als Mitglied der SVP-Fraktion –, das ist ganz einfach. Und das wünsche ich dieser Stadt nicht. Ich finde, das ist ein zu ernstes Thema.

Und warum ist dieses Geschäft teurer geworden? Weil der GGR ein paar Wünsche angebracht hat und in der Diskussion zur Planung damals gesagt hat, wie er es haben möchte. Der Stadtrat hat das gemacht. Es ist alles genau so abgelaufen, wie es ablaufen muss. Wenn jetzt Kritik kommen würde, man hätte vor zwei Jahren das eine oder andere in der Ratsdebatte angemerkt und der Stadtrat hätte einfach wie ein Panzerzug das Ganze weitergeführt, dann würde ich die Kritik begreifen. Aber nein, der Stadtrat hat die Anliegen des GGR aufgenommen und einfließen lassen. Und ja, es kostet etwas mehr. Ich muss Ihnen als Präsident der GPK sagen, meine persönliche Meinung ist, es darf auch etwas kosten, weil wir dafür auch eine Qualität erhalten. Wir zu viele Sachen in dieser Stadt gemacht – ich denke an den Werkhof, die Erweiterung der FFZ und so weiter –, da wurde immer nur aufs Geld geschaut. Da hat man gesagt, es dürfe nicht mehr kosten. Auch andere Projekte könnten angeführt werden. Und was ist dann herausgekommen? Nach 15 oder 20 Jahren hat man gemerkt, dass nachgebessert oder saniert werden muss.

Und wenn die Frage der Aufstockung jetzt nochmals gestellt wird, dann soll man diese doch diskutieren. Natürlich soll dieses Projekt vorwärtsgehen. Natürlich gibt es einen Plan, dieses Ziel zu erreichen. Das ist völlig klar. Aber ich glaube, wir können uns noch ein paar Wochen Zeit nehmen, um diese Fragen zu klären. Ich bin auch überzeugt, dass das Baudepartement unter der sehr pragmatischen und guten Führung von Eliane Birchmeier auch die entsprechenden Antworten geben kann. Es ist ein ganz normaler politischer Prozess, der nun passiert ist. Es sind verschiedenen Mitglieder dieses Parlamentes im Nachhinein Fragen gekommen. Ich gebe zu und habe auch zum Ausdruck gebracht, dass ich ebenfalls etwas irritiert war von Theo Itens Votum, denn ich habe von dieser Diskussion überhaupt nichts mitbekommen. Ich habe gedacht, wir haben heute ein «Routinegeschäft» zu beschliessen. Es ist jetzt anders, also müssen wir doch diese Situation jetzt ausnützen.

Ich werde einem allfälligen Antrag von Theo Iten auf Rückweisung der Vorlage zustimmen. Es fällt uns wirklich kein Zacken aus der Krone, wenn wir nochmal über die Bücher gehen. Ich möchte auch daran erinnern, dass der GGR immer auch sehr schwierige Fragen zusammen gemeistert hat. Zum Beispiel das Technologiecluster unter Leitung von Urs Bertschi war eine enorme Aufgabe für die BPK, die wir einstimmig gemeistert haben. Ich muss Ihnen sagen, das Resultat ist – wenn ich hier kurz ausschweife, Frau Präsidentin –, dass sehr gute Mitteilungen gekommen sind in letzter Zeit. Ich weiss nicht, ob Sie mitbekommen haben, was da unten jetzt passiert und was für gute Steuerzahler nach Zug kommen und industrielle Arbeitsplätze schaffen. Eine VZ Depotbank wird dort Mieterin sein, ein grosses kanadisches Unternehmen im Bereich der Medizinaltechnik. Was heisst das am Schluss? Am Schluss hat die Kommission, hat die BPK damals gut gearbeitet, hat Lösungen gefunden, dass der Private jetzt etwas machen kann. Natürlich ist die Stellung der Notzimmer eine andere. Ich bin aber überzeugt davon, dass es sich lohnt, kurz über die Bücher zu gehen und das nachher gemeinsam anzupacken.

Ich bitte Sie, den Antrag, der noch formuliert wird, zu unterstützen. Wir können uns das leisten. Diese Zeit ist gut investiert. Vor allem deshalb, weil wir nachher als GGR vor das Volk treten und sagen können, wir haben alles abgeklärt und uns die nötige Zeit dazu genommen.

Eliane Birchmeier, Stadträtin

Ich möchte Sie sehr gerne darauf hinweisen: Je nachdem wie dieser Antrag formuliert sein wird, werden wir auf Feld 1 zurückgehen müssen und werden nicht in wenigen Wochen mit einem neuen oder überarbeiteten Antrag kommen können. Ich weiss jetzt nicht genau, wie ich diese Diskussion einordnen soll, aber es ist möglich, dass wir dann wieder von vorne beginnen müssen. Wir können das machen – ich sage das völlig wertfrei –, aber Sie müssen sich bewusst sein, dass das dann eine Option sein kann.

Theo Iten

Hiermit stelle ich den Antrag auf Rückweisung mit dem klaren Auftrag an den Stadtrat, er soll die Verhandlungen und Abklärungen mit der IG Wohnbaugenossenschaften für die zwei zusätzlichen Stockwerke aufnehmen.

Wenn nicht jetzt, wann dann? Sonst wird es für den Steuerzahler zu teuer.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass ein Rückweisungsantrag gestellt wurde.

Stefan Hodel

Geschätzter Theo, wir haben zu Beginn der Sitzung genau über diese Frage gesprochen und Sie haben zwei Stimmen erhalten für den Antrag auf Nichteintreten. Nun kommen Sie erneut mit dem Antrag auf Rückweisung, der genau dieselbe Idee beinhaltet. Es würde mich sehr erstaunen, wenn dieser Antrag hier nun Erfolg haben würde.

Roman Burkard

Nachdem ich mein Fraktionsvotum gelesen habe, habe ich nun auch aufmerksam zugehört. Ich habe viel Halbwissen vernommen. Ich spreche nun aber nur zum Antrag von Theo Iten.

Ich appelliere an Sie, stimmen Sie diesem Antrag nicht zu. Ich kann Ihnen das Ergebnis nämlich schon vorwegnehmen: Sie können in einen Neubau mit Notzimmern nicht eine Wohnnutzung integrieren. Das geht nicht, wie Stefan Hodel auch bereits ausgeführt hat. Das können Sie vergessen.

Sie müssen sich mal vorstellen, da oben ist eine Familie mit drei Kindern. Und in der Notwohnung unten – die haben dann dasselbe Treppenhaus, dieselbe Erschliessung – wohnt jemand in einer Notsituation. Die Notzimmerbewohnenden haben einen anderen Mindset. Diese Mischnutzung geht da nicht. Da können Sie oben vielleicht noch einen Gemischtwarenladen hinstellen, das wäre vielleicht noch ein bisschen adäquater.

Und zum Thema der Ausnutzung noch: Wenn Sie den Situationsplan anschauen – ich empfehle Ihnen zu diesen Bauvorlagen immer auch den Situationsplan anzuschauen, weil das ein sehr wichtiges Dokument ist –, dann sehen Sie, dass der Baukörper städtebaulich korrekt gesetzt ist. Da spreche ich dich an, Ignaz. Vielleicht musst du noch das eine oder andere Buch mehr lesen dazu. Und Sie sehen aber auch, dass die Parzelle im Norden ein Erweiterungspotenzial aufweist. Das ist eindeutig ersichtlich. Auch bezüglich Erschliessung ist das kein Problem. Wenn da irgendetwas mit Wohnbaugenossenschaften gehen müsste, sollte, könnte, dann hat es hier im Norden der Parzelle genug Erweiterungspotenzial. Und dieser Neubau ist auch so geschickt gesetzt, dass er genau am

unteren Ende der Parzelle eine weitere Erweiterung im Norden nicht gefährdet. Da hat man in dem Sinne auch aus städtebaulicher Sicht vorausschauend geplant.

David Meyer

Es ist ja lustig, wenn wir jetzt das ganze Projekt nochmals umwerfen. Aber ich bringe jetzt einfach zwei, drei Überlegungen, und dann sehen Sie, dass die Haltung und das Votum von Eliane Birchmeier Hand und Fuss hat. Wir gehen nicht ein paar Wochen zurück, wir gehen Monate oder noch weiter zurück, Jahre allenfalls.

Und zwar ist die erste Frage die Erschliessung. Sie brauchen dann mehr Platz, weil es eine einzelne direkte Erschliessung für die oberen Wohnungen braucht. Diese kriegen Sie nicht durch die übliche Erschliessung durch. Das haben wir beim Park-Tower schon gesehen. Das ist nicht günstig und nehmen gleich nochmal eine halbe Kiste in die Hand.

Das Zweite ist: Wenn Sie oben Kinder haben, müssen Sie unten Spielflächen haben. Wir haben die da aber nicht, denn da ist eine Hauptstrasse. Das kriegen Sie da nicht hin. Ich weiss nicht, wie Sie das machen wollen. Das wird die Antwort sein, die wir kriegen werden.

Zone OelB, das bedeutet Einsprachen ohne Ende, weil das nachher oben Wohnungen in privatem Besitz sind. Das ist nicht OelB-fähig und geht nicht.

Und dann haben wir noch das Thema, welche von diesen Wohnbaugenossenschaften die Wohnungen haben darf. Dafür müssen Sie wieder eine Ausschreibung machen und können gleich nochmals zwei Jahre für die Verhandlungen dranhängen.

Sie verstehen also: Wenn wir das machen wollen, können wir das. Dann ist dieses Projekt als solches aber so lange verschoben, dass wir es frisch aufziehen und nochmals frisch machen dürfen.

Karen Umbach

Das ist eine lange Debatte gewesen. Und während dieser Zeit habe ich mir erlaubt, Herr Patrice Riedo anzufunken, der ein guter Freund von mir ist. Ich wusste, dass er angefragt worden ist. Dann habe ich ihn gefragt, ob die AWZ tatsächlich Interesse an dieser Überbauung hat, wie Theo Iten es gesagt hat.

Ich darf Patrice Riedo auch zitieren, seine Antwort an mich war: «Ich habe gesagt, wenn der Stadtrat eine Anfrage macht, würden wir diese prüfen.» Nichts mehr. Das heisst, die Behauptung, dass die Wohnbaugenossenschaften tatsächlich Interesse an diesem Gebäude haben, ist nicht gegeben.

Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag nicht zu unterstützen.

Corina Kremmel

Es wurde bereits viel besprochen. Ich möchte mich gerne dem Votum von Stefan Hodel anschliessen. Wir sprechen von Notzimmern und Notwohnungen, nicht von normalen WGs. Preisgünstiger Wohnungsbau, wie es gewünscht wurde, heisst, das sind Menschen wie wir, die vielleicht finanziell nicht die Möglichkeit haben, sich eine andere, teurere Wohnung zu leisten. Preisgünstiger Wohnungsbau heisst nicht Familien mit Problemen, sondern einfach Menschen, die finanziell weniger gut betucht sind. Nun möchte man diese mit Menschen zusammenleben lassen mit Menschen, die Probleme haben. Notzimmer gleich ein Problem – sie dies durch einen Brand, in diesem Fall werden die Bewohnenden weniger Probleme verursachen. Aber im Bericht wurde geschrieben, dass es Polizeieinsätze gibt. Es braucht Personen, welche die Zutrittskontrolle regeln. Das spricht doch schon

für sich, dass es Probleme geben kann. Es muss nicht, aber die Chance ist einfach grösser. Ich würde meine Kinder nicht dort aufwachsen lassen, wo eine Suchtproblematik herrscht, wo Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen wohnen. Klar, jeder von uns kommt mal in Verbindung mit solchen Personen. Aber man muss das nicht schon Kleinkindern zeigen. Ich finde es wirklich schwierig, dass man dort Familien einziehen lässt, wo Menschen wohnen, die Probleme haben. Diese muss man resozialisieren. Aber ich möchte die Kinder nicht an einem Ort aufwachsen sehen, wo die Chance gross ist, dass man gewisse Probleme sehr nahe mitbekommt, und sieht, was es für Probleme gibt – sei es mit Drogen oder Sonstiges. Ich fände das schade, obwohl ich preisgünstigen Wohnungsbau sonst sehr unterstütze.

Jürg Messmer

Ich komme jetzt zum letzten Mal zu diesem Thema nach vorne.

Meine Damen und Herren, wir verbauen uns eigentlich nichts, wenn wir dem Antrag von Theo Iten zustimmen. Es geht um einen, vielleicht zwei oder drei Monate. Der Stadtrat kann in der Zwischenzeit klären, ob die Wohnbaugenossenschaft mitmachen möchte – Ja oder Nein. Dann kann der Stadtrat mit dieser Antwort in den Rat kommen. Wenn die Wohnbaugenossenschaft der Ansicht ist, sie kann dort oben nichts vermieten, dann ist sie sicher nicht bereit, etwas zu bauen. Dann sprechen wir an der nächsten Sitzung denn Kredit, die Stadt kann loslegen und wir haben alle die Gewissheit, dass wir uns nichts verbaut haben.

Darum bitte ich Sie, den Antrag von Theo Iten zu unterstützen. Wir verbauen uns nichts. Es geht nicht um zwei oder drei Jahre. Ich nehme an, der Stadtrat ist schneller mit der Antwort.

Urs Bertschi

Ich denke, wir dürfen das nicht allzu eng sehen. Eine Rückweisung gestützt auf den Antrag von Theo Iten ist das eine. Es gäbe aber allenfalls noch andere Gründe für eine Rückweisung: zum Beispiel städtebauliche Aspekte, zum Beispiel wohngygienische Bedenken, zum Beispiel Lärmbelastung. Und ich frage mich einfach – wir sind wirklich nicht in einer Notlage, obwohl es sich um Notzimmer handelt. Man könnte auch diese Zeit nutzen und dann sind wir dann vielleicht am Schluss da, wo Eliane Birchmeier befürchtet, dass wir nämlich schlauer werden und uns von diesem verkrüppelten Hochhäuschen vielleicht doch auf eine andere Lösung verlegen, wo beispielsweise die Lärmthematik keine ist, weil das Wohnen nach hinten geht, eine Hybridnutzung mit gewerblicher Nutzung und, und, und. Und dann zu guter Letzt die städtebaulichen Aspekte. Wohnen hinter Lärmschutzwänden, meine Damen und Herren, das kennen irgendwelche Einfamilienhaussiedlungen im Kanton Aargau, die zufälligerweise an der N1 liegen. Und das kann es nicht sein. Und da nehme ich wirklich die Kritik von Ignaz Voser ernst, die ich marginal angetönt habe. Und ich denke, wir sollten diese Kritik auch ernst nehmen.

Ich mache daher einen Vorschlag. Wir diskutieren jetzt nicht über Rückweisung, sondern wir setzen gemeinsam dieses Geschäft beziehungsweise die Beschlussfassung aus und werden dies beispielsweise an der übernächsten GGR-Sitzung nochmals thematisieren, mit der Chance, hier Fragen der einzelnen Fraktionen noch zu klären.

Zum Thema Circulago, meine Damen und Herren, haben wir heute keine Antwort. Wir wissen auch nicht, wie sich das kostenmässig entwickelt. Kommen wir dann mit Nachtragskrediten bei einem Projekt, das bereits ein Nachtragskredit von 53 % erfahren hat?

Darum meine ich «Marschhalt», Zitat André Wicki, ihm ist dieses Wort vom Altstadtreglement her geläufig. Ein Marschhalt muss nichts Schlechtes sein. Man kann damit auch gewinnen. Und dieses Projekt, meine Damen und Herren, ist nicht in Stein gemeisselt.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson erkundigt sich bei Theo Iten, ob er sich mit seinem Antrag dieser Beschlussaussetzung anschliessen würde.

Theo Iten gibt von seinem Platz aus die Antwort, dass er sich der Beschlussaussetzung anschliesst.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass somit ein neuer Antrag vorliegt, die Beschlussfassung nicht heute vorzunehmen, sondern das Geschäft zurückzustellen, um die offenen Fragen noch zu beantworten und die ausgesetzte Beschlussfassung an der nächsten oder übernächsten Sitzung zu traktandieren.

Jürg Messmer

Lieber Urs, ich finde deinen Vorschlag gar nicht so übel. Aber was passiert dann? Wir müssen doch dem Stadtrat sagen, welche Fragen er beantworten muss. Denn sonst sitzen wir in zwei Monaten wieder hier im GGR, diskutieren über genau dasselbe und der Stadtrat kann dann unter Umständen trotzdem nicht die richtigen Antworten geben. Was machen wir dann?

Der Stadtrat braucht doch den Auftrag, soll er klären, ob Wohnbaugenossenschaften Interesse haben oder nicht, oder soll er klären, ob es andere Möglichkeiten für die Notzimmer gibt, und wenn ja, wo?

Ich bitte dich, deinen Vorschlag ein wenig zu präzisieren. Was ist deine Hoffnung? In zwei Monaten wieder da zu sitzen bringt uns nicht weiter.

Urs Bertschi

Wie erwähnt gibt es ja offensichtlich noch offene Fragen. Und hier kommt dann die Verantwortung dieses Parlaments ins Spiel. Wir als einzelne Fraktionen sollen diese Zeit nutzen, um möglicherweise mittels entsprechenden Vorstössen respektive Aufträgen unsere offenen Fragen an den Stadtrat zu tragen. Diese Aufträge kann der Stadtrat dann erarbeiten und uns Rückmeldung geben, was machbar oder nicht machbar ist. Dass wir das heute in dieser Sitzung wahrscheinlich nicht ideal zustande bringen, dürfte allen klar sein. Da braucht es sicher fraktionsintern noch Absprachen und fraktionsübergreifende Absprachen, was uns wirklich wichtig ist. Und das ist im Prinzip ein Verhandlungsansatz. In diesen Verhandlungsansatz darf man aus meiner Sicht ohne Weiteres auch das Baudepartement mitinvolvieren.

Tabea Zimmermann Gibson, Ratspräsidentin

Um Ihren Antrag zu konkretisieren: Würden Sie eine Deadline für die Fraktionen geben wollen, bis wann Anfragen an den Stadtrat gelangen müssen?

Urs Bertschi

Das kann man machen. Man könnte sagen, bis Ende März haben Anfragen respektive Aufträge an den Stadtrat zu ergehen. Und dann wird wir wahrscheinlich irgendwann an der übernächsten GGR-Sitzung bereit für die Beschlussfassung.

Ich denke, wenn wir dieses wichtige Projekt für unsere Stadt optimieren möchten, ist das der richtige Weg dazu. Ich meine, aber das können Sie wirklich noch lange anders sehen, alleine die Kostenentwicklung rechtfertigt es, hier noch einmal über die Bücher zu gehen, damit wir am Schluss wirklich Gewissheit haben.

Da gehört auch das Departement SUS dazu, ich kenne die Vorgaben respektive Wünsche von Stadtrat Urs Raschle nicht. Ich gehe jetzt einfach davon aus, wir haben es gehört, dass man das diskutiert hat. Wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier kennen diese Vorgaben ja nicht.

Beim Projekt Circulago gehört wahrscheinlich auch die WWZ an den Tisch, damit wir über die Kosten Bescheid wissen. Die haben ja bereits Erfahrungswerte und wissen, wie der Hase läuft. Die kennen auch die Dimensionierungen. Ich denke, der Stadtrat oder die Verwaltung haben hier durchaus Möglichkeiten, sich mit den entsprechenden Verantwortlichen in Verbindung zu setzen, mit dem Ziel, dass man diesen Circulago-Anschluss, wenn immer möglich, auch realisiert.

Städtebaulich denke ich, wir haben jetzt ein Projekt zu einem Preis X. Wenn ich jetzt aber als Privater dieses Projekt und dessen Kostenentwicklung – wenn Sie das persönlich trifft, meine Damen und Herren, goutieren sie das doch nicht einfach, sondern stellen kritische Fragen. Weshalb sind wir jetzt da und nicht da? Weshalb hat man es offensichtlich übersehen, dass wir 30 Zimmer brauchen und nicht 25. Weshalb soll jetzt plötzlich eine PV-Anlage kommen etc.? Das sind doch berechtigte Fragen. Ich möchte hier Antworten haben, auch aus der Verwaltung.

Und ich sage es noch einmal: An dieser entsprechenden BPK-Sitzung war Paul Knüsel derart wortkarg, so wie wir ihn eben alle normalerweise nicht kennen. Ich gehe persönlich zum Baudepartement und lasse mir das alles zeigen. Das sage ich Ihnen heute schon.

Es geht doch darum, jetzt diesen Konsens zu finden, damit wir dieses Projekt guten Mutes an die Urne bringen können. Und das bedingt, dass man den grössten gemeinsamen Nenner findet. Mein Vorschlag: die Beschlussfassung aussetzen.

Richard Rüegg, BPK-Präsident

Sollte dieses Projekt zurückgewiesen werden, dann möchte ich doch, dass man dies nochmals in der BPK behandelt. Es sind aus sämtlichen Fraktionen Mitglieder in der BPK. Somit könnten diese Mitglieder ihre Fragen in die BPK bringen, sie können mir die Fragen vorab zustellen und ich kann sie der Verwaltung zustellen. Somit hätten wir an der nächsten BPK-Sitzung auch die Antworten, sofern es für die Verwaltung möglich ist, in so kurzer Zeit die Antworten zu bringen.

Ich möchte hier nicht – ich weiss nicht, wie ich es schön ausdrücken soll – ein Larifari-System aufbauen, dass jeder irgendeine Fragen stellt, niemand weiss, wer welche Fragen gestellt hat, sondern dass das einen ordentlichen Weg nimmt und dass man dies über die BPK macht, sofern dieser Antrag angenommen wird.

Ansonsten lege ich Ihnen doch ans Herz: Die Stadt braucht Notzimmer. Man könnte dieses Projekt auch annehmen.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson erkundigt sich bei **Urs Bertschi**, ob er diesen Vorschlag, dass die Fragen in der BPK besprochen werden, übernimmt.

Urs Bertschi begrüsst und übernimmt den Vorschlag von **Richard Rüegg**.

Gregor R. Bruhin

Ohne mich jetzt hier inhaltlich zu äussern, was ich vom Geschäft halte, möchte ich sagen: Was wir hier abziehen ist einfach lächerlich – Entschuldigung. Wir haben eine Geschäftsordnung, die gilt. Es

liegen Anträge vor, zu denen wir Ja oder Nein sagen können. Wir haben standardisierte Verfahren, die vielleicht manchmal ein bisschen länger dauern, manchmal sind sie ein bisschen schneller. Aber die Ausgangslage ist klar. Und in einem Rechtsstaat und in einer Demokratie sollten wir uns an diese Prozedere, insbesondere auch an die Geschäftsordnung halten – und nicht so halbe Abkürzungen mache. Wir haben Anträge vorliegend, wir stimmen über diese ab. Dann gibt es Mehrheiten oder es gibt sie halt eben nicht. Das ist meine persönliche Position.

Urs Raschle, Stadtrat

Jetzt spreche ich als Besteller dieses Geschäftes Notzimmer, als Verantwortlicher des SUS, der dafür schauen muss, dass wir auch mittelfristig Plätze haben für Personen, welche nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen.

Eine kurze Rückblende: Es war das Parlament, welches vor gut vier Jahren gesagt hat, Notzimmer gibt es keine an der Zugerbergstrasse. Ich und der Stadtrat haben zugehört und wir haben gesagt: Ja, das ist vielleicht der falsche Ort. Und wir haben ja die Möglichkeit, im Göbli etwas Sinnvolles zu gestalten. Verwaltung und Stadtrat haben sich hingesetzt und ein Projekt erarbeitet, welches vor gut zwei Jahren im Parlament mit dem Planungskredit genehmigt worden ist. Und nun liegt das Projekt vor.

Geschätzte Damen und Herren, das Departement SUS und das Baudepartement haben sich gegenseitig «gechallenged». Das waren intensivste Diskussion, nicht immer einfach und teils emotional, das kann ich Ihnen sagen. Wir haben uns immer wieder die Frage gestellt, sind wir auf dem richtigen Weg – ja oder nein. Das nun vorliegende Projekt ist das Resultat dieses intensiven Prozesses. Und während dieser Zeit gab es durchaus neue Möglichkeiten. Diese Möglichkeiten haben wir auch geprüft und geschaut, ob es vielleicht nicht unbedingt ein Neubau sein muss, sondern auch eine andere Möglichkeit offensteht. Aber am Schluss hat das Projekt Notzimmer eben doch überzeugt. Denn es ist etwas Neues, etwas Gutes, aber auch etwas Vernünftiges und am Schluss auch Zahlbares. Wenn wir nun plötzlich 20 Personen im Gebäude X und die restlichen 15 Personen im Gebäude Y haben, dann ist das schwierig. Das Projekt Neubau Notzimmer im Göbli gibt uns eben eine Chance, dass wir mit einem neuen Partner zusammenarbeiten und diese Leute betreuen können. Im Moment wird die Betreuung durch ein 40-Prozent-Pensum abgedeckt, sprich, wir reinigen die Zimmer. In Zukunft ist das anders. Sie haben gehört, wir suchen einen Partner, der die Arbeit vor Ort macht und auch operativ tätig ist. Das ist für uns eine grosse Chance, unser Ziel zu erreichen, dass die Leute nach einem Jahr die Notzimmer wieder verlassen können und ein neues Angebot finden.

Und das eine muss ich dann doch noch sagen als Stadtrat: Sowohl Eliane Birchmeier wie auch ich waren bei den Sitzungen der GPK und BPK immer dabei, bei einer GPK-Sitzung musste ich allerdings krankheitshalber fehlen, habe meine Inputs aber natürlich einbringen können. Die Diskussionen in den Kommissionen waren ebenfalls kritisch, aber berechtigt und gut. Und beide Kommissionen haben am Schluss dem Projekt zur Freude des Stadtrates einstimmig zugestimmt. Deshalb darf man als Stadtrat schon davon ausgehen, dass auch das Parlament den Kommissionen folgen wird. Und deshalb ist eine gewisse Überraschung unsererseits sicher nicht ganz vom Platz zu weisen.

Deshalb bitte ich Sie: Folgen Sie dem Antrag des Stadtrats und stimmen Sie diesem Projekt zu. Es ist das Beste, was wir in dieser Zeit – und das sind jetzt doch vier Jahre – erarbeiten konnten. Und wenn noch gewisse Fragen offen sind, dann kann man diese auch noch bilateral lösen. Aber jetzt das Geschäft zurückweisen, das ist das Falscheste, was Sie machen können.

Ratspräsidenten Tabea Zimmermann Gibson stellt fest: Der Antrag steht, dass das Geschäft ausgesetzt werden soll, damit dieses nach Eingabe von Aufträgen durch die Fraktionen nochmals in der BPK besprochen werden kann. Über diesen Antrag stimmt der Rat nun ab.

Theo Iten

Ich halte an meinem Rückweisungsantrag fest, mit dem klaren Auftrag, dass der Stadtrat die Verhandlungen und Abklärungen betreffend die zwei zusätzlichen Stockwerke mit der IG Wohnbaugenossenschaften aufnehmen soll.

Ratspräsidenten Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass somit zwei nicht gleichlautende Anträge vorliegen.

- Antrag Nr. 1 fordert die Aussetzung des Geschäftes, damit dieses nochmals in der BPK besprochen werden kann.
- Antrag Nr. 2 ist der Antrag von Theo Iten auf Rückweisung des Geschäftes mit dem Auftrag an den Stadtrat, mit der IG Wohnbaugenossenschaft Verhandlungen und Abklärungen über die zwei zusätzlichen Stockwerke aufzunehmen.

Somit gibt es zwei Abstimmungen: Zuerst wird über Antrag Nr. 1 (Aussetzung und Beratung in der BPK), danach über Antrag Nr. 2 (Rückweisung mit Auftrag an den Stadtrat) abgestimmt.

Abstimmung Nr. 2

- Gegen die Aussetzung des Geschäftes stimmen 19 Ratsmitglieder
- Für die Aussetzung des Geschäftes stimmen 16 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 2

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat den Antrag auf Aussetzung des Geschäftes abgelehnt hat.

Abstimmung Nr. 3

- Gegen den Antrag auf Rückweisung des Geschäftes stimmen 23 Ratsmitglieder
- Für die Rückweisung des Geschäftes stimmen 13 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 3

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat den Antrag auf Rückweisung des Geschäftes abgelehnt hat. Somit wird die Behandlung fortgesetzt.

Beratung Beschlussentwurf

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass zu Titel, Ingress und Ziff. 1 – 5 das Wort nicht verlangt wird.

Abstimmung Nr. 4 (Schlussabstimmung)

- Für den Beschlussentwurf stimmen 33 Ratsmitglieder
- Gegen den Beschlussentwurf stimmen 1 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 2

Ergebnis Abstimmung Nr. 4

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat dem Beschlussentwurf zugestimmt hat.

Beschluss des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1722

betreffend Neubau Notzimmer im Göbli, Objektkredit

Der Grosse Gemeinderat von Zug **beschliesst** in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2631 vom 15. Dezember 2020:

1. Für den Neubau Notzimmer im Göbli wird ein Objektkredit von brutto CHF 6'900'000.00 einschliesslich 7.7% MWST zulasten der Investitionsrechnung, Kostenstelle 2222 Wohnen und Aufenthalt, Objekt Nr. 0072 Notzimmer: Neubau, bewilligt.
2. Die Investition von CHF 6'900'000.00 wird gemäss § 14 Abs. 3a Finanzhaushaltgesetz jährlich mit 3 % linear abgeschrieben (Abschreibungssatz für Hochbauten gültig ab 1. Januar 2021).
3. Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 7 Bst. b der Gemeindeordnung der Stadt Zug der obligatorischen Urnenabstimmung. Er tritt nach der Annahme durch das Volk am 13. Juni 2021 in Kraft. Er wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
5. Gegen diesen Beschluss kann
 - a) gemäss § 17 Abs. 1 des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 39 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt 20 Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.
 - b) gemäss § 17bis des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 67 ff. des Wahl- und Abstimmungsgesetzes wegen Verletzung des Stimmrechts beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Stimmrechtsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt zehn Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

Zug, 23. Februar 2021

Urnenabstimmung: 13. Juni 2021

6. Motion der SVP-Fraktion vom 27. Dezember 2019 betreffend "Für eine transparente, grosszügige, sport- und jugendfreundliche Politik der Stadt Zug!"

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2633 vom 12. Januar 2021

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird und Eintreten somit stillschweigend beschlossen ist.

Philip C. Brunner

Das Thema, das wir nun behandeln, ist mindestens so interessant wie das vorgängige. Ich freue mich bereits jetzt auf eine gute Diskussion.

Vorab möchte ich namens der ganzen SVP-Fraktion dem Stadtrat für die Beantwortung unserer Motion «für eine transparente, grosszügige, sport- und jugendfreundliche Politik der Stadt Zug» herzlich danken. Die Fraktion hat nach lebhafter interner Diskussion beschlossen, dem Antrag des Stadtrates zu folgen, also Kenntnisnahme, und die Motion von der Geschäftskontrolle abzuschreiben, auch wenn wir weiterhin davon überzeugt sind, dass eine Sportkommission, wie sie auch kleinere Gemeinden und Städte haben, vom Kanton Zug ganz abgesehen, sinnvoll ist und gute Arbeit leisten kann. Wir hoffen aber trotzdem zur Vision einer Sportstadt Zug etwas beitragen zu können, davon aber später.

Die eigentliche Beantwortung unseres Vorstosses hat leider nur knapp mehr als 3 Seiten gefüllt – «Pflicht erfüllt», könnte man sagen. Die Begeisterung des Stadtrates über die Motion zur Schaffung einer Sportkommission ist wohl gewaltig und förmlich gut spürbar. Den Hauptumfang der Antwort sind statistische und andere Unterlagen, zum Beispiel eine 7-seitige Verordnung über die Benützung der diversen Anlagen, inklusive Militär- und Zivilschutzanlagen, alles sehr lesenswert, mit vielen Informationen beinhaltend. Vor allem auch der Ausdruck der beiden Konten 3636.30 und 3636.31 für die Jahre 2018 und 2019 ist doch ziemlich erhellend. Ich komme noch darauf zurück. Für das Jahr 2021 sind da CHF 100'000.00 und CHF 327'000.00, zusammen CHF 427'000.00 budgetiert, zusätzlich noch CHF 250'000.00 für die Winteruniversiade 2021 (im Budget 2021 auf Seite 52 zu finden). Darunter der Bericht und Antrag Nr. 2048 aus dem Jahre 2009, der eine Erhöhung der Beiträge für die Sportvereine von damals CHF 115'000.00 auf den heutigen Stand von CHF 170'000.00 beinhaltet. Pro memoria: Genau zu diesem Thema hat die SVP-Fraktion bereits im letzten Sommer einen Vorstoss eingereicht, der aber leider noch nicht beantwortet ist: Nämlich die Motion betreffend «Der städtische Vereinsjugendsport braucht gerade jetzt die Unterstützung des GGR bzw. des Stadtrates!» vom 26. Juni 2020, die eine markante Erhöhung des 2009 festgelegten Beitrags beinhaltet. Es ist schade, dass die Antwort noch nicht vorliegt.

Der eigentliche Bericht des Stadtrates umfasst somit folgende Kapitel:

- Ein Abschnitt über die frühere Sportkommission der Stadt von 2005 bis 2011;
- dann Ausführungen über die Sportförderung der Stadt Zug
- das Netzwerk für sportliches Wissen;
- und die rechtlichen Aspekte, welche zum Schluss zur Schlussfolgerung führen, dass man mit der heutigen Situation sehr zufrieden ist, was ja keine Wunder ist.

Leider ist das nicht im Interesse des Sports in der Stadt Zug oder eben der Sportstadt Stadt Zug.

Der Stadtrat scheint mehrheitlich mit der heutigen Situation durchaus zufrieden. In der *Kostenstelle 3710: Sport* sind für das Jahr 2021 CHF 1'712'600.00 budgetiert, davon wie erwähnt CHF 250'000.00

für die Winteruniversiade 2021. Im Jahre 2019 hatten wir Ausgaben von CHF 1.18 Mio. Und im abgelaufenen Jahr 2020 waren CHF 1.255 Mio. für den Sport budgetiert. Dies bei Gesamtausgaben von rund CHF 300 Mio., genau sind es CHF 297'511'500.00. Das sind also für das Jahr 2021 aufgerundet 0.6 % oder 6 Promille für den Sport. Nicht gerade viel.

Wie haben sich die Ausgaben dazu entwickelt? Ich habe mir erlaubt, zurückzugehen auf das Budget 2009. Damals ging es der Stadt Zug nach ein paar guten Jahren sehr gut. Also vor 12 Jahren – Vorlage Nr. 2000, wenn Sie das überprüfen wollen –, damals führte Stadtrat Hans Christen das Finanzdepartement, wo auch der Sport angesiedelt war, betrug das Budget 2009 in zwei Beträgen CHF 391'600.00 und CHF 732'000.00, zusammen CHF 1'123'600.00. Das sind also CHF 57'000.00 weniger als 10 Jahre später. Oder wir haben eine Steigerung für den Sport von jährlich im Schnitt CHF 5'700.00, das sind CHF 500.00 pro Monat. Das gesamte Budget betrug damals im Jahr 2009 CHF 257 Mio. Heute sind es wie gesagt knapp CHF 300 Mio., also eine Steigerung von CHF 41 Mio. Wohin sind die Zusatzeinnahmen, im Wesentlichen das Steuergeld der natürlichen Personen geflossen? Leider nicht in den Sport, wie bereits ausgeführt, nicht einmal anteilig.

Nein, die Personalkosten der Stadt betragen im Jahre 2009 CHF 78.5 Mio. Heute sind es CHF 99.4 Mio., also fast CHF 100 Mio. die budgetiert sind. Eine Erhöhung der Personalkosten von CHF 21 Mio. in etwas mehr als 10 Jahren, jährlich also im Schnitt CHF 2 Mio. Übertrieben gesagt: Der Sport hat nicht profitiert von diesem Wachstum, wohl aber die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt, wobei zu sagen ist, dass die Stadt Zug natürlich grösser geworden ist und wir der Stadt zusätzliche Aufgaben übertragen haben.

Das Budget von Kind Jugend Familie betrug im Jahr 2009 übrigens CHF 2.6 Mio. brutto, CHF 2.1 Mio. netto. Heute ist es das Sechsfache. Doch zurück zum Sport.

Die Fraktion nimmt den Entscheid des Stadtrates zur Kenntnis und wird in diesem Sinne der Abschreibung der Motion zustimmen. Das heisst aber nicht, dass wir mit den Entwicklungen des Sportamtes im Bildungsdepartement einverstanden sind.

Der Stadtrat hat im letzten Jahr einige richtige Schritte gemacht, auch wenn noch nicht alles perfekt ist im Bereich der Kultur. Im Budget 2021 setzen wir dort immerhin CHF 4.5 Mio. ein. Und schon im Jahre 2009, also lange vor den Sparübungen, haben wir bereits CHF 3.7 Mio. für den Kulturbereich budgetiert. Während also die Kultur heute CHF 0.8 Mio. mehr hat, sind es beim Sport nur knapp CHF 60'000.00, also mehr als das Dreizehnfache mehr bei der Kultur im Vergleich zum Anstieg zwischen 2009 und 2019 beim Sport.

Im Bericht und Antrag lobt der Stadtrat seine Bemühungen für den Sport, vor allem die indirekte Objektförderung nimmt breiten Raum ein. Das ist sicher ein erfreulicher Punkt, trägt doch der Steuerzahler einiges zur Volksgesundheit und – in Zeiten von Corona wahrscheinlich ziemlich wichtig – zur Fitness der Stadtbevölkerung bei. Im Budget 2021 sind unter Sport und Freizeit netto rund CHF 3.6 Mio. zu den bereits ausgeführten Beträgen aufgeführt. Das ist ein Nettobetrag (CHF 4'785'000.00 minus Ertrag von CHF 964'000.00, davon CHF 233'100.00 für die Bootsplätze und immerhin noch CHF 270'000.00 an Pacht- und Mieteinnahmen). Hier sind im Wesentlichen auch die Aufwendungen für die Bossard Arena enthalten.

Eine Sportkommission, wie wir sie gesehen hätten und in der Motionsbegründung ausgeführt haben, hätte dieser Stadt einige Chancen gegeben. Ich denke zum Beispiel an den Ausbau des EVZ-Stadions. Da hätte eine Sportkommission, wo beispielsweise auch Vertreter des EVZ Einsitz hätten,

doch eine sehr lukrative und interessante Version gegeben. Ich finde, wir müssen unbedingt den Fokus aufmachen. Vielleicht ist es jetzt nicht eine Sportkommission, aber bereits eine Steuergruppe, wie wir sie beim Podium 41 haben und wo verschiedene Vertreter, auch aus dem GGR, Einsitz haben, ist eine gute Idee. Der Sport braucht das.

Wieso habe ich diese Zahlen ausgeführt? Der Sport hat keine Lobby in dieser Stadt und die Kultur hat eine, und darum hat die Kultur auch mehr Geld zur Verfügung. Ich finde, es ist Aufgabe des GGR und des Stadtrats selbstverständlich, dem Sport zu schauen. Es genügt nicht, einfach vor zehn Jahren ein Stadion zu bauen und jetzt zu sagen, ja gut, was machen wir mit diesem Objekt, wie soll das weitegehen, weil die Strukturen sicher eine Veränderung brauchen. Wir müssen hinausgehen und mit den Sportvereinen reden. Das kann nicht ein Verwaltungsmitarbeiter machen, der dieser Abteilung Sport vorsteht. Würden Sie als Präsident eines Zuger Sportvereins irgendwelchen Widerstand leisten oder sagen, Sie seien mit dem Stadtrat nicht zufrieden? Also ich würde das ehrlich gesagt nicht machen, selbst wenn ich eine gewisse Kritik anzubringen hätte. Natürlich sind diese Vereine dem Stadtrat ausgeliefert. Und eine solches Steuerungsgremium oder auch eine Sportkommission wäre eine Möglichkeit, dem Stadtrat eben auch ein bisschen Paroli zu bieten. Es gibt ganz kleine Sportvereine – die Beträge haben Sie in der Vorlage gesehen –, die können doch für das wenige Geld, das sie kriegen, nicht noch einen grossen Aufstand machen. Die sind dem Stadtrat mit Haut und Haar ausgeliefert. Und das wollten wir ändern.

Wir wollten auch eine Sportstadt Zug. Ich habe kürzlich einen sehr interessanten Artikel in der Zuger Zeitung gelesen, vielleicht haben Sie ihn auch gesehen, da ging es um die Stadt Luzern. In der Stadt Luzern hat man den Sport und die Kultur zusammengefasst. Da ist es eine Person, die dieses Amt bestmöglich ausführt. Und die Ausführungen der Dame, die ich nicht kenne – und ich bin auch nicht so gut informiert, dass ich sagen könnte, das ist die Lösung für die Stadt Zug – sind interessant. Sie geht aktiv auf die Sportler zu. Und das ist definitiv bei uns nicht der Fall. Wir haben eine funktionierende Verwaltung. Es sind nicht die gleichen Probleme, die wir in der Fachstelle Kultur beziehungsweise bei der Kulturbeauftragten hatten, das möchte ich hier überhaupt nicht behandeln. Formell wird alles sauber abgearbeitet. Der Stadtrat hat es in zehn, zwölf Jahren und trotz sehr guten Jahren und grossen Überschüssen nicht fertiggebracht, die Summe von CHF 170'000.00 für diese Sportvereine irgendwie zu bewegen. Irgendwie hat sich überhaupt nichts bewegt. Gar nichts hat sich bewegt. Und das finde ich ehrlich gesagt «gschämig». Das ist der Hintergrund der Motion.

Ich bin sehr gespannt, was nun für eine Antwort kommt zur Vorlage, in der wir genau diesen Punkt angesprochen haben. Ich rate dem Stadtrat wirklich an, hier grosszügig zu sein. Ansonsten, ich kann Ihnen sagen, in der Stadt Zug braucht es 500 Unterschriften, dann haben wir eine Volksinitiative. Die ist mit einem engagierten Sportclub einfach zu organisieren, das kann ich Ihnen sagen. Ich möchte nicht drohen, aber ich möchte Ihnen aufzeigen, dass das eine etwas andere Diskussion ist als jene über die Notzimmer, wo diejenigen, welche von den Notzimmern betroffen sind, hier keine oder kaum eine Stimme haben.

In diesem Sinne, geschätzte Damen und Herren, freue ich mich auf eine interessante Diskussion zu diesem Thema und bin auf die Ausführungen der Stadträtin gespannt.

Patrick Steinle

Der Bericht des Stadtrats zeigt es auf – die Stadt Zug verfügt über eine weitgehend ausgezeichnete Sportinfrastruktur und unterstützt insbesondere den Vereinssport recht grosszügig. Und das ist gut so. Die Abteilung Sport steht in regem Austausch mit den Vereinen, hat einen guten Draht und offene Türen für die verantwortlichen Vorstandsmitglieder und Leistungsträger. Das ist ebenfalls gut so, aber

– und hier möchten wir hängt unsere Kritik ein – es birgt auch die Gefahr, dass vor allem die grossen und gut organisierten Vereine ihre Interessen einbringen und durchsetzen können, währenddem kleine Hobbyclubs oder nicht organisierte Einzelsportler beziehungsweise die Gesamtbevölkerung teilweise aussen vor bleiben.

So habe ich vor vielen Jahren hier im Rat schon kritisiert, dass den Fussballclubs im Herti sechs bestens unterhaltene und ausgerüstete Plätze zur exklusiven Verfügung stehen, währenddem für die Bevölkerung, die das ganze finanziert, nur gerade ein kleiner Spickel im Herti Nord geöffnet ist. Oder die Hochsprungmatten auf der Leichtathletikanlage, die früher bei Kindern im Quartier sehr beliebt waren, um ein bisschen darauf herumzuhüpfen, denn im Hertiquartier hat nicht jeder ein Trampolin im Garten, die sind inzwischen auf der neuen Anlage unter schicken Alukästen eingeschlossen, damit eben dieses unbefugte Begehen oder Behüpfen durch Kinder unterbunden wird. Somit sind sie nur noch den Leichtathleten zugänglich, und auch denen nur während den Trainingszeiten. Das sind Beispiele, wo die Abteilung Sport ihren Auftrag nach Ansicht unserer Fraktion zu einseitig in der Erfüllung der Interessen der Vereine sieht und zu wenig daran denkt, dass ihre Aufgabe weit darüber hinausgeht und Bewegungs- und Sportförderung für die Gesamtbevölkerung teilweise auch gegen die natürlicherweise egoistischen Interessen der Vereine durchgesetzt werden müsste. Natürlich würde das teilweise dann zu grösserer Abnutzung oder gar zu Vandalenakten führen, das wird als Argument immer gern angeführt, aber mit dem Geld, das in die Alukästen auf der Leichtathletikanlage investiert wurde, hätten vermutlich jedes Jahr neue Matten gekauft werden können, vom Energieaufwand mal ganz zu schweigen. Wenn man den Kleinkindern das Herumhüpfen und die Freude an der Bewegung lässt, muss man vielleicht später nicht sportmuffelige Teenager mit Animationsprogrammen zu Mitternachtsbasketballspielen einladen – man darf aber natürlich sehr gerne beides tun.

Genug gejammert – unsere Fraktion ist wie eingangs gesagt weitgehend zufrieden mit den Sportmöglichkeiten in und um Zug, auch mit der Arbeit der Abteilung Sport sowie mit der Unterstützung von Sportvereinen und Einzelsportlern. Wir sind skeptisch und gehen hier mit dem Stadtrat einig, ob eine parlamentarische oder ausserparlamentarische Sportkommission einen Zusatznutzen bringen würde. Es gibt nur wenig sportpolitische Grundsatzentscheide zu fällen, das würde nur sehr sporadische Sitzungen einer solchen Kommission mit sich bringen, und die ist dann halt nicht wirklich am Ball, wenn das nur so Fallweise ist. Und ins Tagesgeschäft der Abteilung Sport soll und kann sich so eine Kommission unserer Ansicht nach nicht einmischen. Entsprechend können und sollen Anliegen der Vereine oder aus der Bevölkerung weiterhin direkt bei der Verwaltung, via Stadtrat oder wie gerade jetzt über das Parlament eingebracht werden. Wir danken aber den Motionären für die Gelegenheit, hier im Parlament über das sehr wichtige Thema Sport und die Unterstützung desselben diskutieren zu können.

Jérôme Peter

Besten Dank dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Motion. Die Ausführungen erscheinen uns klar und wir werden dem Antrag des Stadtrates folgen, diese Motion abzuschreiben.

Wir erachten es als sehr gelungen, wie Stadt Zug die Sportvereine fördert, besonders ins Auge gestochen ist uns dabei die unbürokratische Förderung durch die gebührenfreie Nutzung der Sportinfrastruktur.

Hier kam bei uns in der Fraktion die Frage auf, etwas weg vom Sport, ob diese Politik nicht auch für Kulturvereine, Kulturschaffende oder andere Freizeitvereine, welche es in der Stadt Zug gibt, angewendet werden könnte. Denn in der Stadt Zug herrscht bekanntlich ein Mangel an erschwinglichen Räumen, besonders wenn diese von grösserem Ausmass sein sollten.

Ich halte mich kurz: Aus diesem Grund werden wir hier gleich eine kleine Interpellation einreichen, welche diese Fragen dem Stadtrat weiterleitet, ob diese sehr gelungene Politik auch in anderen Bereichen angewendet werden könnte.

Corina Kremmel

Zuerst bedanken wir uns beim Motionär für die Anfrage.

Sport ist wichtig und ein gutes Controlling begrüßen wir ebenfalls. Bis anhin kamen uns jedoch keine negativen Meldungen zu Ohren, dass eine bessere Überprüfung oder Ähnliches benötigt wird. Zudem haben wir in diesem Rat in den vergangenen Jahren mehrmals über Sinn und Unsinn von diversen Kommissionen beraten.

Kommissionen wurden kritisiert und aufgelöst. Jetzt eine neue Sportkommission zu gründen, nachdem diese im Jahr 2011 aufgelöst wurde und das Bedürfnis zurzeit nicht vorhanden ist, erscheint uns als nicht nötig. Die Abteilung Sport macht ihre Arbeit korrekt und es ist transparent dokumentiert. Zudem wäre das Risiko grösser, dass bei gewissen Sportarten nicht immer objektiv beurteilt wird, da viele von uns eine direkte Verbindung zu einem Verein etc. pflegen und somit unter Umständen voreingenommen wären.

Die Ideen von Patrick Steinle, wie zum Beispiel die Öffnung der Leichtathletikanlage, kann man sicherlich unterstützen und sind zu begrüßen.

Wir danken dem Stadtrat für die Antwort und nehmen diese zur Kenntnis, das Geschäft ist von der Geschäftskontrolle abzuschreiben.

Etienne Schumpf

Die Meinung der FDP-Fraktion kann man eigentlich in einem Satz zusammenfassen. Wir sind der Meinung, dass wir dort Probleme lösen sollten, wo es auch Probleme gibt.

Wir haben festgestellt und aus der Antwort entnommen, dass es grundsätzlich sehr gut funktioniert und kein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht.

Klar kann man immer noch am einen oder anderen Ort optimieren. Der Gedanke von einer Sport- und Kulturabteilung oder -person, den Philip Brunner eingebracht hat, ist eigentlich ein sehr spannender Gedanke.

Wir haben im Verlauf der Legislatur einen besonders kritischen Finger auf bestehende Kommissionen gelegt und auch angeregt, dass Kommissionen, die es nicht braucht, überprüft werden. Wir stimmen hier auch mit der Antwort überein, dass wir nicht Kommissionen auf Vorrat schaffen sollen oder Kommissionen wieder aktivieren sollen, die es mal gab, aber aufgrund von fehlendem Bedarf dann abgeschafft wurden.

Ich denke, wir sollten auch aufpassen, dass wir insgesamt unseren Ratsbetrieb nicht zu sehr aufblasen. Wir haben verschiedene Initiativen, wo wir darüber debattieren, mit der Schaffung eines Ratssekretariats oder mit der Offenlegung der Interessenbindungen alle vier Jahre. Und wenn wir dann noch Kommissionen schaffen, wo wir als Ratsmitglieder dann da und dort noch Einsitz nehmen, sehe ich das eher als kritisch. Da sollten wir unsere eigenen Meinungen diesbezüglich kritisch hinterfragen.

Wir stimmen der Antwort und dem Antrag des Stadtrats so zu.

David Meyer

Wir von der grünliberalen Partei möchten auch den Motionären danken für diese Anfrage und dass man das mal beleuchtet hat.

Wir hatten ja in der Vergangenheit ja auch schon die Thematik mit den Kommissionen, insbesondere mit der Kulturkommission, und es war aufgrund der Unterlagen erfreulich zu sehen, dass beim Sport eine ganz andere Basis herrscht. Da wurden wir mit vielen Unterlagen und klaren Regelwerken eingedeckt. Insofern ist die Situation beim Sport ganz anders.

Deswegen sehen wir ebenfalls keine Dringlichkeit für eine Sportkommission. Wir haben vieles schon geregelt. Deswegen wäre eine Sportkommission aus unserer Sicht auch eher ein bürokratischer Overload, den wir erzeugen würden.

Sich gibt es – und das kann man nur befürworten – immer wieder Optimierungspotenzial, wie von Patrick Steinle erläutert. Und eine gewisse Offenheit, das habe ich neulich auch persönlich erfahren, wäre durchaus angezeigt bei unseren Fussballsportstadien. Da wurde man förmlich weggejagt oder verhindert, wenn man da was anschauen will. Insofern gibt es da wirklich Potenzial, bei den zuständigen Abwarten oder bei wem auch immer, der da das Sagen hat, etwas mehr Flexibilität einzufordern.

Philip C. Brunner

Ich melde mich noch als Fraktionssprecher. Ich habe vorher noch meine Interessenbindung vergessen anzugeben. Ich bin also in keinem Sportclub oder sonst einem Verein, der aus diesen Sportkonten irgendwelche Gelder kriegt. Im Gegensatz zu Patrick Steinle, der vergessen hat anzugeben, dass er offenbar immer noch Präsident des Kajakclubs ist.

Patrick Steinle weist darauf hin, dass er nicht mehr Präsident dieses Clubs ist.

Philip C. Brunner

Gut, dann nehme ich das zurück. Aber dann würde ich mal die Homepage anpassen. Und deine damit verbundene E-Mail-Adresse ist dann wahrscheinlich auch nicht mehr gültig.

Ja, danke, Kolleginnen und Kollegen, für die Bemerkungen, die ihr gemacht habt. Aber ich glaube, bei euch ist die Dimension, von der ich spreche, beziehungsweise, was das Anliegen der SVP ist nicht ganz angekommen.

Es geht hier nicht darum, über kleinliche Schwierigkeiten zwischen der Garderobe im Herti und der Stadtverwaltung und solche Sachen zu diskutieren, sondern es geht auch darum, neue Ideen aufzubringen. Und es gibt kein Soundingboard in dieser Stadt. Ich meine, es ist peinlich – und das sage ich, Vroni – denn es ist keine einzige Innovation passiert. Doch eine ist passiert, sie haben sie in der Vorlage. Im April letzten Jahres hat der Stadtrat beschlossen, den Siegern von Schweizermeisterschaften und anderen Wettbewerben bestimmte Geldbeiträge zu sprechen. Offenbar gab es einen solchen Stadtratsbeschluss vorher nicht.

Aber ich vermisse total die Innovationen. Wir sind eine Stadt, welche die zurzeit beste Eishockeymannschaft der Schweiz hat. Wenn die Leute von Zug reden, kommt nach der Kirschtorte der EVZ. Und hier ist im Parlament einfach so die Stimmung, alles ist gut, alles ist glücklich, es ist gerecht. Dabei wird nur verwaltet. Es wird überhaupt nichts Neues gemacht. Man kann ja geteilter Meinung sein über die heutige Medienmitteilung des Stadtrates, dass es diesen Podcast «BeZug» gibt. Ich habe mir das angehört. Das hat getönt wie in einem Amateur-Radiostudio.

Ungefähr so kommt das rüber. Und die Verwaltung und der Stadtrat sind die Grössten und es ist die beste Stadt. Ich möchte auch gerne in der besten Stadt leben, aber mir das nicht vom Stadtrat sagen lassen, sondern ich möchte Resultate sehen.

Es geht doch auch um Integration. Das haben wir auch ausgeführt. In einer solchen Sportkommission müsste doch auch jemand sein, der dieses Problem mit der Integration der Kinder kennt. Du hast es richtig gesagt mit der Gesundheit, Etienne Schumpf. Von der Volksgesundheit ist ja in jeder Zeitung heute die Rede. Wenn wir sehen, was für Aufwendungen gemacht werden, um die Volksgesundheit zu erhalten – es gibt eine ganz pragmatische und einfache Sache, sich gesund ernähren und Sport treiben. Das ist das gesündeste, was Sie im Moment gegen Corona machen können. Da können Sie alle Ihre Maske hier im Saal abziehen, die bringen nämlich überhaupt nichts. Wenn Sie sportlich «zwäg» sind, dann haben Sie grosse Chancen, dass dieses Virus an Ihnen vorbeigeht. Aber wenn Sie natürlich keinen Sport treiben und übergewichtig sind, dann sieht es etwas anders aus.

Also, Frau Stadträtin, ich vermisse – und nicht nur ich –, wir vermissen die Innovationen. Wir haben den Vorschlag gemacht mit einer Art Sportauszeichnung. Andere Orte machen das, meines Wissens macht es Baar und auch Cham. Ich möchte da nicht vorgreifen, aber es muss da ein bisschen Kreativität Einzug halten. Schule ist doch kreativ, da entstehen doch Ideen und Innovation. Im Sport haben wir das nicht. Das ist dumpfe Bürokratie. Das ist alles, was wir im Moment in dieser Stadt bezüglich des Sports tun.

Vroni Straub, Stadtratsvizepräsidentin

Das stimmt nicht, Philip. Wir haben zum Beispiel – ich muss mich jetzt gerade ein wenig abregen – den Street Workout Park gebaut, und zwar auf eigene Initiative. Das war kein Verein, sondern hat unsere Sportabteilung gemacht. Im Herti wird der gerade jetzt, wo die Fitnesscenter geschlossen sind, extrem benützt und geschätzt. Und wir sind dabei, uns zu überlegen, wenn mich der Stadtrat dann unterstützt, einen zweiten solchen Street Workout Park an einem anderen Ort zu errichten. Das ist das eine.

Weiter haben wir die Multifunktionsanlage auf dem Arenaplatz neben der Sporthalle gebaut. Das war auch nicht irgendein Verein oder sonst wer, das kam von unserer Abteilung und war unsere Innovation. Wir haben geschaut, welche verschiedenen Sportarten dort gemacht werden können. Das ist doch Innovation. Das hat dieser Rat unterstützt und kann dir nicht entfallen sein. Dazu hast du Ja gestimmt.

Wir haben als nächstes auch den Waldparcour in Oberwil unterstützt. Das war nicht unsere Idee, aber wir haben es mit unserem Know-how aus der Abteilung Spor begleitet. Es hat dort auch Kunstobjekte und die Nachbarschaft Oberwil, die Korporation und die Mobiliarversicherung haben das mitgetragen, aber wir haben das Know-how von der Abteilung Sport beigetragen und zusätzlich einen finanziellen Beitrag geleistet.

Das sind auf die Schnelle und trotz meiner Erregung schon drei Projekte, die wir von Haus aus gemacht haben, neben dem ganzen Verwaltungsaufwand, der natürlich dazukommt – die möglichst gerechte Verteilung unserer Gelder an die Vereine der Stadt Zug. Und das ist halt manchmal wie bei einer Familie, einmal braucht das eine Kind ein bisschen mehr, dann braucht das andere Kind einmal ein bisschen mehr. Aber insgesamt haben wir klare Kriterien. Und wir haben von den Sportvereinen gute Rückmeldungen. Und das ist nicht, weil sie Angst haben vor dem Stadtrat – wäre ja wunderbar, wenn man mal Angst hätte vor mir, aber das ist nicht so –, sondern das ist, weil die Sportvereine unser Know-how schätzen. Unsere Mitarbeitenden von der Abteilung Sport, das sind wohl

Mitarbeitende der Verwaltung, aber beide, Thomas Felber wie Raphael Rogenmoser, sind aktive Sportler. Thomas Felber war lange Zeit ein Fussballer. Er weiss, von was er spricht. Er spricht auf Augenhöhe mit den Sportvereinen. Als Gegenüber sehen die Sportvereine Thomas Felber als Leiter der Abteilung Sport nicht als Verwaltungsangestellten, sondern sie sehen einen Sportler als Vis-à-vis und sprechen auch in dieser Sprache miteinander, die ich nicht immer verstehe, aber das muss ich auch nicht.

Ich finde ganz klar, die Stadt Zug ist bereits eine Sportstadt. Wir haben Schweizermeisterschaften, Europameisterschaften – es hat uns jetzt wirklich nur noch die Universiade gefehlt, die jetzt auch schon vor der Tür steht. Wir haben das ganze Programm. Und wir werden in der Stadt eigentlich fast überrannt von Anfragen, was man in der Stadt Zug an Meisterschaften aller Gattungen, Vereinsturnen, Streethockey-WM und so weiter alles ausführen kann. Also wir sind eine Sportstadt.

Und womit ich auch nicht einverstanden bin, ist die Aussage, dass Sport keine Lobby hat. Da bin ich überhaupt nicht einverstanden. Der Sport hatte eine grosse Lobby, auch bei uns in der Stadt Zug. Ich muss aufpassen, dass nicht die, die am lautesten hupen, dann auch am meisten Geld bekommen – da bin ich mit dir und Patrick Steinle einverstanden –, sondern dass man eben auch an die kleinen Vereine denkt.

Aber wieder etwas anderes: Wir sind als Stadt Zug wegen dieser Objektförderung so attraktiv, dass wir so viele neue Sportvereinsgründungen haben, wo wir dann schauen müssen, drei Viertel oder sieben Achtel aller Mitglieder stammen aus Ägeri oder aus Knonau oder sonst irgendwoher. Das ist wirklich eine grosse Aufgabe. Und ich freue mich eigentlich, das gebe ich auch so weiter, dass die Arbeit der Abteilung geschätzt wird.

Philip C. Brunner

Der Fokus dieses Vorstosses war nicht die Infrastruktur. Wenn jetzt die Leistungen des Stadtrates bezüglich Infrastruktur, bezüglich den Investitionen, die getätigt wurden, aufgezählt wurden – ob das jetzt Streethockey, die neu renovierte Leichtathletikanlage oder verschiedene andere Sachen sind –, das war nicht die Kritik, im Gegenteil. Ich bin gespannt, was jetzt mit dem Fussballstadion passiert. Ich möchte nicht gerade vom Schandfleck von Zug sprechen, aber da ist eine Aufgabe, die seit Jahren auf eine attraktive Lösung wartet. Das Fussballstadion geht mittlerweile Richtung 50-Jahr-Jubiläum. Das ist ungefähr zur gleichen Zeit entstanden als die alte Hertihalle gebaut wurde. Die ist mittlerweile verschwunden und seit über zehn Jahren haben wir ein neues Eishockeystadion. Das Fussballstadion steht immer noch. Es wurde jetzt in das Restaurant investiert, welches leider aufgrund von Corona geschlossen ist. Aber ich denke, auch da braucht es vielleicht einmal eine Perspektive und da muss man vielleicht auch mal mit einem Vorschlag oder einem Zwischenbericht in eine BPK kommen und sagen, was man dort genau machen will. Und das sind so Vorschläge, die aus einem Steuerungsausschuss kommen würden und – ich sage jetzt mal – über den Tagesbetrieb, die Schweizermeisterschaft und das Jahr 2021 hinaus Perspektiven bieten.

Du sagst, es sei eine grosse Lobby. Ich kann das nicht beurteilen, habe persönlich aber das Gefühl, es hat keine. Ich weiss zum Beispiel nicht wo die Lobby ist für die kleinen Buben, die auf dem Fussballfeld sind. Meines Wissens geht es Zug 94 in verschiedener Hinsicht nicht sehr gut. Und die Coronakrise ist für manchen Sportclub eine grosse Herausforderung. Ich bin eigentlich froh darüber, dass jetzt auch die Sportclubs beim Härtefall-Fonds entsprechend andocken können. Ich meine, bis Ende Februar müssen die Gesuche gestellt werden. Ich bin gespannt, was da kommt. Ich denke, es geht nicht so wunderbar, wie wir uns das möglicherweise vorstellen.

Aber ich danke für dein Engagement und ich bitte den Stadtrat wirklich, dieses Thema Sport in der Stadt Zug im Auge zu behalten. Ich weiss, es gibt verschiedene andere Probleme. Ich denke an die Herausforderungen, die das Departement SUS bezüglich sozial nicht so gut gestellten Personen zu meistern hat. Aber dort wird ein grosser Aufwand betrieben. Ich habe die Zahlen von Kind Jugend Familie erwähnt, aber dagegen stagnieren wie gesagt die finanziellen Ausgaben der Stadt für den Sport enorm. Ich habe aufgezeigt, dass es praktisch kein Wachstum gibt. Das ist eigentlich was ich fordere. Bringt mal einen Wurf. Ich bin überzeugt, dass der GGR da grosses Verständnis hat. Wir haben diesen Sportvorlagen immer zugestimmt, zum Beispiel der Multifunktionsanlage bei der Sporthalle, bei der nun das Dach saniert wird. Wir haben ja jahrelang gewartet bis das ausgeführt werden konnte, was aber nicht euer Fehler war. Aber solche Projekte finden sicher die Unterstützung hier im Rat.

André Wicki, Stadtrat

Lieber Philip, ich glaube, wir sprechen alle vom Gleichen. Du hast Zug 94 erwähnt und weisst, was dort in die Wege geleitet wurde und wer auch die Initialzündung gemacht hat. Das warst nämlich du. Das Restaurant ist bereits umgesetzt. Wir haben eine Gebäuediagnose gemacht, was das Stadion betrifft. Wir wissen haargenau, was es dort braucht. Wir haben ja bald wieder das Budget zu beraten, dann wird das ein Thema sein.

Ergebnis

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat und die Motion als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben wird.

7. Postulat der Fraktion ALG-CSP vom 17. November 2020 betreffend Mietreduktion für Gastrobetriebe im Winter 2020/21

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2635 vom 19. Januar 2021

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird und Eintreten somit stillschweigend beschlossen ist.

Michèle Willimann

Um es direkt auf den Punkt zu bringen: Wir sind enttäuscht von der Beantwortung unseres Postulats und beantragen die negative Kenntnisnahme. Bedanken möchten wir uns für die Beantwortung aber natürlich trotzdem.

Ein Grossteil der stadträtlichen Beantwortung ist Copy-and-paste von der Beantwortung des Regierungsrates für einen ähnlichen Vorstoss im Kantonsrat. Wir sind aber nicht der Kanton. Wir hätten die Möglichkeit gehabt, hier mutig zu sein, ein Zeichen zu setzen und dringend notwendige Unterstützung anzubieten. Klar sind zum Glück nun endlich die Rahmenbedingungen für Härtefälle bekannt, doch damit kann voraussichtlich leider noch lange nicht allen notleidenden Betrieben geholfen werden.

Die Beantragung dieser Gelder ist gerade für kleine Betriebe extrem aufwändig und daher ohne weitere Unterstützung gar nicht erst möglich. Mit einem komplexen, aufwändigen Verfahren an die Härtefallgelder heranzukommen, welche dann praktisch vollständig wieder an den Vermieter zur Bezahlung der Miete abgegeben werden, ist sehr fraglich. Es fallen nebst der Miete noch sehr viele zusätzliche Kosten an, die irgendwie gedeckt werden müssen. Mit dem vorgeschlagenen Anreizsystem hätte zumindest im Bereich der Mieten für etwas Linderung gesorgt werden können. Es wäre eine pragmatische Lösung gewesen, notleidende Betriebe zu entlasten. Diese Chance hat der Stadtrat zu unserem grossen Bedauern verpasst.

Was den Hinweis anbelangt, dass nicht nur eine einzelne Branche, namentlich die Gastrobranche, bevorzugt werden soll, überzeugt ebenfalls nicht. Bei der Überweisung wurde von verschiedenen Fraktionen mehr als deutlich angemerkt, dass bei der Behandlung weitere Branchen miteinbezogen werden sollen. Dem Stadtrat wäre hier offengestanden, die Auslegung auszuweiten, weitere Branchen einzubeziehen oder auch bei der Form der Unterstützung weitere Möglichkeiten zu prüfen.

Weiter zuzusehen, wie schlecht es Betrieben in unserer Stadt geht und dabei salopp auf die Unterstützung von Kanton und Bund zu verweisen, ist mutlos, unsolidarisch und aus unserer Sicht enttäuschend. Wir beantragen daher wie bereits anfangs erwähnt die ablehnende Kenntnisnahme. Es bleibt nun nur noch zu hoffen, dass die Härtefallgesuche schnell geprüft, die Gelder rasch ausbezahlt und damit möglichst viele Betriebe gerettet werden können. Zudem ist der Coronafonds weiter auszuweiten und aufzustocken. Hier sind wir gespannt auf die Gesuchseingänge bis Ende Woche.

Werner Hauser

Ein grosser Teil der Wirtschaft befindet sich aufgrund der staatlichen Corona-Massnahmen im Krisenmodus. Einige Unternehmen konnten von dieser Situation sicher profitieren. Andere hingegen gehören zu den Verlierern. Die staatlich verordnete Schliessung von Gaststätten ruinierte diesen Wirtschaftszweig so massiv, dass viele von Ihnen nun fast vor dem Ruin stehen.

Die Stadt Zug hat bereits sehr früh reagiert und die notwendigen Hilfemassnahmen ergriffen. Ein zweites Hilfspaket steht kurz vor der Umsetzung.

Mietzinsgutschriften für Gaststätten im privaten Sektor, wie dies das Postulat von Michèle Willmann fordert, könnte zu massiven Ungerechtigkeiten führen, welches wir nicht unterstützen können.

Obwohl der Nationalrat das eingebrachte Mietgesetz abgelehnt hat, haben bis heute sehr viele private Vermieter grosszügige Mietnachlässe gewährt und schauen nicht tatenlos weg.

Auch ich habe Mieter, die Restaurants haben, und habe Mietnachlässe gewährt. Und ich schaue immer noch hin. Wir wollen ja die Mieter nicht verlieren.

Und wie wir alle wissen, hat der Kanton den Hilfe-Fonds für Härtefälle bezüglich der Corona-Massnahmen auf über CHF 80 Mio., erhöht hat.

Damit Doppelspurigkeiten und Mehrfachanträge von Geschädigten vermieden werden, ist eine Anlaufstelle beim Kanton die richtige Massnahme.

Nun liegt es an den Not leidenden Unternehmern alleine, einen Antrag auf Unterstützung beim Kanton einzureichen, um die nötige Hilfe zu erhalten, welches auch aus der Beantwortung des Postulats hervorgeht.

Die FDP-Fraktion nimmt den Bericht des Stadtrates zur Kenntnis und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Christoph Iten

Das Gegenteil von gut gemacht, ist gut gemeint – so lässt sich die Meinung der CVP zu diesem Postulat ungefähr zusammenfassen.

Die Postulanten hegen mit diesem Postulat wohl gute Absichten. Die Folgen einer Umsetzung des Vorschlags wären allerdings nicht ganz so optimal. Die Ungleichbehandlung verschiedener Branchen würde verstärkt. Die zusätzliche Unterstützung für jene Gastrounternehmen, die bereits von Reduktionen profitieren, verzerrt die Bedingungen innerhalb der Gastrobranche zusätzlich. Das haben wir bereits anlässlich der Überweisung moniert. Nebst alledem ist die CVP-Fraktion der Meinung, dass mit den Härtefall-Massnahmen ein sehr griffiges Konzept auf Stufe Kanton und Bund existiert, das es natürlich weiter zu beobachten gilt, ob es dann auch so griffig und effektiv funktioniert. Aber vorläufig existiert dieses Konzept.

Insofern schliessen wir uns der Argumentation des Stadtrates an.

Die CVP-Fraktion nimmt Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrates und stimmt der Abschreibung von der Geschäftskontrolle zu.

Roman Küng

Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für den Bericht zu diesem Postulat.

Es ist richtig, dass sich die Gastrobranche in einer äusserst schwierigen Situation befindet. Die staatlich angeordneten Massnahmen haben zu massiven Umsatzeinbrüchen geführt und bringen viele Betriebe in eine existenzbedrohende Lage.

Aus diesem Grund gab es im Kantonsrat bereits einen ähnlichen Vorstoss; das Postulat «Hilfe für Hotel- und Gastrobetriebe im Kanton Zug». Dieses Postulat wurde dann in der Dezember-Sitzung des Kantonsrates als nicht erheblich erklärt.

Dies weil der Regierungsrat das sogenannte «Corona-Härtefall-Programm» initiiert hat, welches keine Bevorzugung einzelner Branchen zur Folge hat, sondern sämtliche Branchen gleich behandelt. Dieses Programm wurde dann vom Kantonsrat mit 72:0 Stimmen gutgeheissen. Somit kann jeder Betrieb, welcher die Kriterien von Bund und Kanton erfüllt, an diesem Programm teilnehmen und bekommt Unterstützung in Form von nicht rückzahlbaren Beiträgen, den sogenannten À-fonds-perdu-Zahlungen.

Gemäss Stand letzter Woche und nach Rücksprache mit dem zuständigen Regierungsrat hat der Kanton bereits CHF 10 Mio. für diese Betriebe gesprochen und in Teilen bereits sogar ausgezahlt. Man darf sagen: Das Programm funktioniert und ist ein Erfolg.

Auch schliessen wir uns der Argumentation des Regierungsrates an und möchten keine Bevorzugung einzelner Branchen.

Das erwähnte Hilfsprogramm hilft allen und ist im Moment ausreichend. Und da gemäss Subsidiaritätsprinzip die Zuständigkeit bei Bund und Kanton liegt, ist eine kommunale Bevorzugung einer einzelnen Branche auch nicht richtig.

Im Moment besteht also in dieser Frage für die Stadt kein Handlungsbedarf. Wie der Stadtrat aber richtig angemerkt hat, kann sich das je nach Verlauf dieser Pandemie noch ändern.

Da im Moment noch niemand sagen kann, was da noch alles auf uns zukommt, wünschen wir uns vom Stadtrat weiterhin die Pflege des städtischen Corona-Fonds. Denn wer weiss, wie dieser Fonds in Zukunft noch benötigt wird?

In diesem Sinne nehmen wir den Bericht des Stadtrates zur Kenntnis und beantragen die Abschreibung von der Geschäftskontrolle.

Daniel Marti

Wir von der glp schliessen uns den Vorrednern an und unterstützen die Regierung bei ihrem Antrag.

Wir finden auch, dass auf Stufe Kanton ja bereits ein Corona-Härtefall-Programm besteht, bei dem die Firmen, die coronabedingt eine Umsatzeinbusse von 20 % hinnehmen mussten, finanziell unterstützt werden. Dieses Zuger Programm geht einiges weiter als das Bundesprogramm, bei dem eine Umsatzeinbusse von 40 % nachgewiesen werden muss. Es macht aus unserer Sicht zu diesem Zeitpunkt keinen Sinn, auf Stufe Stadt nun auch noch ein eigenes Programm zu lancieren, bei dem nur eine Branche berücksichtigt wird. Zudem wird das Kantonsprogramm auch mit Bundesgeldern unterstützt, was auf Stufe Gemeinde dann nicht der Fall wäre.

Daher schliessen wir uns dem Antrag der Regierung an.

André Wicki, Stadtrat

Besten Dank für Ihr Feedback.

Geschätzte Michèle, der Gesamtstadtrat teilt natürlich deine Meinung, dass die Gastrobetriebe sehr unter Druck sind. Das sind schon katastrophale Zustände. Ich persönlich hoffe sehr, dass sich das sehr, sehr bald ändern wird.

Ja, Mutlosigkeit – der Punkt ist natürlich das Subsidiaritätsprinzip Bund-Kanton-Gemeinde. Der Gesamtstadtrat hat Ihnen sehr schnell, bereits im März 2020, den Corona-Fonds von CHF 10 Mio. vorgeschlagen und wird auch weiterhin die Situation verfolgen.

Selbstverständlich haben wir den Regierungsratsbeschluss als Beilage zum Bericht angefügt. Vielleicht haben Sie auch die Medienmitteilung des Regierungsrates vom 17. Februar 2021 gesehen. Dort steht auch, dass immer eine automatische Neubeurteilung gibt. Der Regierungsrat kann jetzt auch in Härtefällen den Beitrag entsprechend erhöhen. Das betrifft ja vor allem die von Behörden geschlossenen Unternehmen.

Es freut mich natürlich, Roman, dass du den Regierungsrat oder die Finanzdirektion angerufen und in Erfahrung gebracht hast, dass bereits CHF 10 Mio. für Betriebe gesprochen wurden. Ich habe heute dasselbe gemacht und Stand heute sind es bereits gegen CHF 20 Mio.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass ein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme vorliegt.

Abstimmung Nr. 5

- Für zustimmende Kenntnisnahme stimmen 30 Ratsmitglieder
- Für ablehnende Kenntnisnahme stimmen 5 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 3

Ergebnis Abstimmung Nr. 5

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat zustimmend vom Bericht des Stadtrats Kenntnis genommen hat und das Postulat als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben wird.

8. Interpellation der FDP-Fraktion vom 16. November 2020 betreffend Liegenschaften der Stadt Zug

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2636 vom 2. Februar 2021

Roman Burkard

Wir möchten uns beim Stadtrat für die Beantwortung unserer Fragen bedanken.

Man sieht, dass die Stadt ihren Sorgfaltspflichten als Liegenschaftsbesitzerin nachkommt und dass der Zustand der jeweiligen Liegenschaften erhoben und bekannt ist.

Nicht dass irgendwo noch eine Immobilie oder ein Objekt vergessen geht.

Die Ausführungen bezüglich strategischer Landreserve erscheinen uns schlüssig und vorausschauend.

Bezüglich Brandruine wird es nach einem Vierteljahrhundert – doch schon 25 Jahre – endlich Zeit, dass die Stadtreparatur zeitnah erfolgt.

Wir wissen alle, Bedürfnisse ändern sich. Und der Bau- und Planungsprozess – das hat man jetzt auch bei den Notzimmern gesehen – ist ein eher träger, schleichender Prozess. Aber nichtsdestotrotz wäre es nach 25 Jahren, nach einem Vierteljahrhundert an der Zeit, diese Stadtreparatur zu vollziehen.

Unsere Fraktion nimmt die Antworten des Stadtrates zur Kenntnis.

Wir sehen mit Spannung auf die weitere Entwicklung im Zusammenhang mit der Brandruine an der Zugerbergstrasse und bleiben am Thema auf jeden Fall dran.

Richard Rüegg

Auch wir von der CVP nehmen die Antwort des Stadtrates zur Kenntnis.

Wir danken dem Interpellanten für seine Fragen, jedoch möchten wir den Fächer für sämtliche Liegenschaften aufmachen.

Anmerken möchten wir auch, dass die Immobilienstrategie als Legislaturziel im 2011 bereits erwähnt wurde und somit eigentlich schon lange bestehen und fortlaufend erneuert werden sollte.

Die Portfoliostruktur dürfte für mich sämtliche Liegenschaften und Ländereien enthalten, die im Verwaltungs- sowie im Finanzvermögen enthalten sind. Natürlich nicht nur ihr Zustand und deren Sanierungsnotwendigkeiten, sondern auch der allfällige Grund für den Erwerb des jeweiligen Grundstückes oder Gebäudes. Ich beziehe mich da zum Beispiel auf die Liegenschaft Chamerstrasse 115, bei der es mich doch interessiert, was die Verwaltung mit dieser Liegenschaft geplant hat. So gibt es diverse Grundstücke und Liegenschaften in unserer Stadt, die noch Fragen aufwerfen.

Sollte die Verwaltung der Meinung sein, dass ein solches Papier ungeeignet ist für den gesamten GGR, so wünsche ich mir doch, dass die Mitglieder der BPK eine entsprechende Aufstellung erhalten. Die Mitglieder der BPK könnten sich anhand dieser Aufstellung entsprechend vorbereiten.

Ich danke der Verwaltung, im Besonderen der Immobilienabteilung, für die Erstellung des Portfoliopapiers und die Zustellung an die BPK für eine Analyse.

Ignaz Voser

Ich möchte mich meinen Vorrednern anschliessen und keine zwei Stunden mehr sprechen, sondern mich auch im Namen unserer Fraktion für diese Interpellationsbeantwortung bedanken.

Die Abteilung Immobilien hat die Probleme, so glaube ich, erkannt. Was man lange vermutet und geglaubt hat, dass die Abteilung Immobilien fast mehr mit sich selbst beschäftigt ist als mit den Immobilien, hat hoffentlich bald ein Ende, dass man sich auf die Kernaufgaben beschränken kann, nämlich kaufen, verwalten, unterhalten und verkaufen von Liegenschaften. Das soll gut und richtig gemacht werden.

Auch begrüssen wir, dass mit der Brandruine an der Zugerbergstrasse nach 25 Jahren endlich etwas passiert – das ist ja eigentlich ein Skandal, denn das ist Volksvermögen, dass nie genutzt wird und seit langem unbenutzt ist. Das kann und darf nicht noch länger so bleiben und gehen.

Auch gibt es ab und zu immer Ausreisser in einem solchen Portfolio. Zu nennen ist hier auch der Knopfliturm. Was geschieht da? Man hört nichts, man sieht nichts. Da wäre vielleicht eine Aufklärung mit dem nächsten Bericht und mit der Liste über die Immobilien mal aufschlussreich.

Im Weiteren hätten wir uns vielleicht noch gewünscht, dass bei diesem Antwortschreiben das eine oder andere Foto dabei gewesen wäre. Auch ich kenne zwar die Stadt Zug gut, aber ich musste dennoch auch immer überlegen, wo und welche Liegenschaft da nun genau betroffen ist. Das wäre sich schön gewesen, wenn vielleicht ein kleiner Grundriss mit dem Standort und dem Foto dabei gewesen wäre. Ansonsten besten Dank, dann sind wir gespannt.

Ivano De Gobbi

Wir von der SP nehmen die Antwort vom Stadtrat zur Kenntnis.

Für uns ist es wichtig, dass die Stadt als Eigentümerin von Wohnliegenschaften weiterhin massvoll mit Sanierungen und den dadurch entstehenden Mehrkosten für die Mieter umgeht. Preisgünstige Wohnungen sind ein rares Gut in der Stadt Zug und für viele Bewohnerinnen und Bewohner ist es schwierig, eine Wohnung zu finden.

Deshalb hat uns auch speziell die Antwort auf die Frage 5 gefreut, da die Umsetzung von preisgünstigem Wohnen sowie die schulergänzende Kinderbetreuung wichtige Anliegen von uns sind. Wir nehmen hier den Stadtrat beim Wort und verfolgen aktiv die weiteren Schritte.

Die Antworten bezüglich der Parzelle GS 1351, Kirchmattstrasse 1 und 3, sind aus unserer Sicht nachvollziehbar und sinnvoll.

Erstaunt hat uns die Antwort auf die Frage 1. Ich zitiere: «So wird bei Umbauten auch überprüft, wie Gebäude energetisch verbessert werden können, z.B. Photovoltaik, Circulago etc.»

Nicht der Inhalt der Antwort hat uns erstaunt, aber viel mehr der Umstand, dass diese Überprüfung beziehungsweise Berücksichtigung beim Traktandum 5 zum Neubau Notzimmer im Göbli, das emotional diskutiert wurde, schlicht und ergreifend beim Stand Projektierungskredit vergessen wurde.

Diese Anpassungen führten dann leider auch zu einer erheblichen Verteuerung von Stand Projektierungskredit zum heutigen Stand Baukredit neu. Dies hätte den Neubau der benötigten Notzimmer fast verhindert.

Wir hoffen und gehen auch davon aus, dass der Stadtrat zukünftig von Beginn weg diese wichtigen und benötigten energietechnischen Massnahmen mitberücksichtigt.

Gregor R. Bruhin

Mit Vorstössen versucht man ja vielfach, auf ein politisches Ziel einzuwirken, sprich, man hat eigentlich eine Absicht, die man klären will oder noch mehr dazu erfahren möchte. So habe ich es gedacht. Vielleicht bin ich auch schon etwas zu lange in der Politik.

Denn mir war auf Anhieb nicht ganz klar, was die Absicht war, auch in Zusammenhang mit dem Absender. Und ich muss ehrlich zugestehen, ich wurde dann auch, eigentlich als Dossierverantwortlicher bei diesem Geschäft in unserer Fraktion an der Fraktionssitzung aufgeklärt und auf den Standort hingewiesen, wo sozialer Wohnungsbau geplant ist. Ich habe das nicht gesehen oder nicht gemerkt. Ein Punkt für den Stadtrat vielleicht an dieser Stelle.

Da möchte die SVP-Fraktion einfach ganz klar feststellen, dass das für uns kein geeigneter Standort ist.

Ansonsten nehmen wir die Interpellation als sehr interessante Zusammenstellung von verschiedenen Fragen zur Kenntnis, die uns sehr interessiert hat und die wir sicherlich auch in der Hinterhand für kommende politische Diskussionen behalten werden.

Und vielleicht zum Abschluss im Zusammenhang mit den Immobilien noch die Bemerkung: Das hätte unsere ehemalige Kollegin Monika Mathers sicher auch brennend interessiert. Fast ein bisschen schade, dass sie nicht mehr dabei ist.

In diesem Sinne nimmt die SVP-Fraktion die Antwort des Stadtrates zu dieser Interpellation zur Kenntnis mit dem entsprechenden Verweis zum vorgeschlagenen Standort auf der letzten Seite zum preisgünstigen Wohnungsbau. Aus unserer Sicht kann dieses Geschäft von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden.

David Meyer

Unser Dank geht an den Vorstösser, dass wir das mal sehen. Wir haben hier einen Fokus auf eine grüne Fläche mit einem älteren Gebäude. Es war mal spannend, das anzuschauen.

Die Frage nach dem Interesse, der Absicht des Vorstosses ist richtig und haben wir uns auch gestellt. Das ist in Anbetracht des Architekturhintergrundes des Anfragers natürlich auch interessant.

Nur möchte ich doch darauf hinweisen: Wenn wir jetzt jede grüne Fläche oder jedes Gebäude in der Stadt einzeln so vorgelegt bekommen, ist das in der Tat etwas mühsam. Die Idee von Richi Rüegg, wo er sagt, bitte eine Liste, kann ich nur begrüßen. Ich möchte dazu noch ergänzen: Bitte auch gleich mit Karte, damit man sieht, welches Gebäude eigentlich genau welcher Parzelle zugehört, sonst muss man selber quer durch die Gegend suchen. Und wenn wir schon dabei sind, wir sind in der digitalen Welt angekommen. Es gibt auch GIS-Export-Files, sodass man per Klick gleich zwischen dem GIS, der Parzelle und den Informationen wechseln kann. So wäre das schon sehr spannend, dass man direkt mal untersuchen kann, was steht eigentlich wo und weshalb ist was freigehalten.

Philip C. Brunner

Entschuldigen Sie, dass ich mich noch zu Wort melde. Ich mache das einerseits als Gemeinderat, aber auch ein bisschen mit dem Hintergrund aus der GPK. Ich spreche so halb auch für eine Person, die nicht mehr da ist, das ist nämlich Monika Mathers. Sie hat sich – und das können die Mitglieder

der GPK sicher bestätigen – immer wieder gerade zu diesem Thema, welches die FDP richtigerweise hier aufwirft, sehr eingesetzt. Sie hat sich vor allem auch dafür eingesetzt, dass der Unterhalt dieser Gebäulichkeiten, welche fast CHF 900 Mio. an Wert darstellen. Das ist ja schliesslich auch Geld des Steuerzahlers, das investiert ist und zu dem auch Sorge getragen wird.

Erfreulicherweise muss ich sagen, schon im Budget 2020, aber auch im Budget 2021, sind die entsprechenden Beträge zur Verfügung. Ich hoffe sehr, dass der Stadtrat jetzt auch im Sinne von Corona, wo es dem Gewerbe nicht gut geht – es ist eine Frage von Monaten bis die Krise dann auch bei den Handwerkern ankommt, weil nämlich niemand mehr investieren kann –, grosszügig investiert in sinnvolle Renovationen, in sinnvolle Ergänzungen in den Bestand an dieser Infrastruktur. Ich bin da sehr optimistisch. Ich habe auch von Stadtrat André Wicki selber immer wieder die Versicherung erhalten, dass das jetzt langsam gut kommt. Wir hatten einen ziemlichen Rückstand vor zehn Jahren. In der Zwischenzeit haben wir aufgeholt.

Jetzt ist es richtig, dass wir diese Projekte angehen. Selbstverständlich hört es nicht mit dem bestehenden Bestand auf, sondern ich denke, wir stehen vor grossen Herausforderungen, die viel grösser sind als die Notzimmer, insbesondere diese Investitionen in die Schulanlagen. Auch dort bitte ich den Stadtrat, alles Mögliche zu unternehmen, dass vor allem Firmen aus der Stadt Zug und der Region Zug zum Zuge kommen. Das ist allerbeste Krisenhilfe, antizyklisch, und zwar mit Geld, das zur Verfügung steht, um unsere Stadt sinnvoll und qualitativ hochstehend weiterzuentwickeln.

In diesem Sinne auch meinerseits vielen Dank für die Angaben.

Persönlich teile ich auch die Ansicht, die unser Fraktionssprecher bezüglich der Zugerbergstrasse ausgesprochen hat. Ich denke, dort muss man wirklich eine Lösung finden, die dem Standort adäquat ist. Und einfach irgendwo preisgünstigen Wohnraum zu schaffen, ist nicht effektiv, sondern eher ineffizient. Mir ist lieber, das sind dann die grossen Brocken, so wie das Steinlager, wo eine Überbauung angedacht ist. Dort kann man dann im grossen Stil diesen preisgünstigen Wohnungsbau dann pflegen. Da ist es auch effizient und die Investitionskosten gehen runter, wenn man das selber machen will, möglicherweise wollen es ja Genossenschaften machen.

Irgendwo habe ich auch einen interessanten Beitrag von Kollege Urs Bertschi zu diesem Thema gelesen. Wir sind da nicht so weit auseinander, wie die Linke sich vielleicht vorstellt. Aber man muss es am richtigen Ort machen.

André Wicki, Stadtrat

Meine Damen und Herren, vielen Dank für ihre Feedbacks.

Liegenschaften sind ein wichtiges Thema in der Stadt Zug. Der Gebäudeversicherungswert liegt bei rund CHF 885 Mio., das ist ja nicht ohne. Es sind insgesamt 213 Liegenschaften und 250 Gebäude. Und diese gilt es zu bewirtschaften.

Wir schauen die Gebäude immer als Ganzes an. Das heisst, wenn wir etwas machen, dann schauen wir nicht nur das Dach an, sondern die gesamte sogenannte Hardware, aber auch die Software, was da entsprechend zu machen ist.

Ja, Richard Rüegg, wir haben ja das letzte Mal, als Christian Weber und ich in der BPK waren versprochen, dass wir mit dem sogenannten Immobilien-Cockpit auch in die BPK kommen. Dort wird auch aufgezeigt, was bei den Immobilien läuft und wie die Energieeffizienz ist. Ich möchte aber um Verständnis bitten, dass wir jetzt nicht eine Liste machen mit 250 Gebäuden und dort immer alles genau aufzeigen. Wir wissen, was es ist. Wir sind ja auch an der Erarbeitung einer sogenannten

Liegenschaftskarte. Das ist eine Objektkarte, wo jedes Gebäude erfasst wird, das heisst, wo auch das Grundstück angegeben ist, welche Parzelle, welche Zone, wann es gebaut wurde, wann es das letzte Mal saniert wurde, wann das nächste Mal etwas gemacht werden muss. Das ist genau für solche Fragen und Punkte geeignet, aber natürlich auch für die Budgetierung sehr gut, damit wir einen Überblick haben, wann wir was machen können und auch sollen.

Ja, 25 Jahre, Ignaz. Warst du da schon dabei vor 25 Jahren? Ich nicht. Der Gesamtstadtrat ist sich dessen bewusst. Eliane Birchmeier hat auch zu Anfang gesagt, dass wir da auf gutem Weg sind. Es gab wirklich auch eine Entflechtung. Ursprünglich war dort ja das Asilo Infantile, Sie mögen sich vielleicht noch erinnern, für die Kinder von italienischen Gastarbeitern, wie es dazumal genannt wurde. Wir möchten das entflechten. Wir möchten auch die schulergänzende Betreuung ein bisschen zusammenführen, damit alles Richtung Kirchmatt geht. Das schauen wir mit Vroni Straub an.

Ich werde in der BPK die Hauptakzente von Gebäuden bringen, aber nicht alle 250 Gebäude. Und wenn Sie dann noch weitere Fragen zu anderen Liegenschaften oder Gebäuden haben, werden die sicherlich aufnehmen. Aber besten Dank für ihr Feedback.

Ergebnis

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat von der Antwort des Stadtrats zu dieser Interpellation Kenntnis genommen hat.

9. Mitteilungen

Tabea Zimmermann Gibson, Ratspräsidentin

Als erstes möchte ich ein allfälliges Missverständnis aus dem Weg räumen. Ich freue mich sehr darüber, dass Alex Odermatt heute als neues Mitglied vereidigt worden ist und wünsche ihm wie gesagt viel Freude und Erfolg in seinem Amt.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 23. März 2021, 17:00 Uhr

Für das Protokoll

Martin Würmli, Stadtschreiber



Beilage:

1. Abstimmungsergebnisse: Protokoll der Sitzung vom 23. Februar 2021
2. Abstimmungsergebnisse: Zusammenfassung
3. Präsenzliste